

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 165 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 10/2008 VOM 10. OKTOBER 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »Den Bus nicht kaputt sparen!«
BBG-Beschäftigte wehren sich

4 | Wahlgewinner – Wahlverlierer
Wahl zur StVV Eberswalde

10 | Marx ist nicht gestorben
Karl Marx im 21. Jahrhundert (Teil 1)

Nicht über unsere Köpfe!

»Kabel werden unter der Erde verlegt«, titelte am 27.8.08 die MOZ auf der ersten Seite. Wer den Bericht nicht gelesen hatte, wurde getäuscht, ein Opfer des falsch verwendeten Indikativs. Der Bundesrat lehnte am 19. September die Aufnahme der »Uckermarkleitung« als Pilotprojekt zur Erdverkabelung in das Energieleitungsausbaugesetz ab.

Im Kurzbericht hieß es nämlich, daß das Kabinett in Potsdam (ohne die Zustimmung des Wirtschaftsministers, der sich um die Strompreise sorgt) am Vortag beschlossen hatte, die »Uckermarkleitung« als weiteres Pilotprojekt in den im Bundesrat liegenden Gesetzentwurf (Gesetz zum beschleunigten Ausbau der Energieleitungen im Höchstspannungsbereich, EnLaG) der Bundesregierung einzuspeisen. Es ging also um einen frommen Wunsch, einen Antrag an den Gesetzgeber. Dies hatte Thomas Pfeiffer, Sprecher der BI »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat«, bereits am 23.6.08 in einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten Platzeck gefordert.

Im Umweltausschuß des Bundesrats fand die Regierung in Brandenburg ein offenes Ohr und kurz vor der Abstimmung im Bundesrat konnte man die Empfehlung lesen, die »Uckermarkleitung« im Biosphärenreservat und bei der Querung Eberswaldes in die Liste der im Entwurf enthaltenen (meist westdeutschen) Pilotprojekte zur Erdverkabelung aufzunehmen. Der Wirtschaftsausschuß des Bundesrats empfahl dagegen, alle Pilotprojekte zu streichen, denn diese würden nur den Trend zur Erdverkabelung befördern und den beschleunigten Ausbau der Höchstspannungsnetze verzögern, stünden also der eigentlichen Zielsetzung des Gesetzes entgegen. Am 19. September wurde im Bundesrat über das EnLaG abgestimmt. Es war der 46. Tagesordnungspunkt von 92 Tops(!). Da blieb nicht viel Zeit zur Diskussion, da hieß die Parole: »Durchwinken, laßt sie im Bundestag sich streiten.« Das Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig und deshalb ist es dem Bundesrat auch nicht zu verdenken, daß er die Sache durchgewunken hat, ohne sich um den Änderungsantrag Brandenburgs zu kümmern.

Als Mitglied der BI »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« bin ich natürlich enttäuscht, ich hätte mir eine andere Entscheidung gewünscht, andererseits muß ich sagen, na schön, man sieht klarer: eine Abstimmung ist wie ein Röntgenbild.

Der Wirtschaftsausschuß konnte sich mit seiner Ablehnung aller Erdverkabelungsprojekte nicht durchsetzen. Niedersachsen, das einen Antrag auf Ausweitung der Erdverkabelung auf alle strittigen Trassen gestellt hatte, wurde von Nordrhein-Westfalen mit einem Gegenantrag zur Deckelung der Zahl der Pilotprojekte ausgebremst. »Schlotbarone gegen Milchbauern« ist man versucht zu sagen – fragt sich nur, wo steht Brandenburg?

Manche sagen: »Ist doch klar, das ist alles Vattenfall-Land! Das Sommerfest der Landesregierung 2008, wer hat denn das gesponsert?... Die Potsdamer sind fein raus, sie erklären den kritischen Bürgern, sie hätten ja alles versucht, um die Erdverkabelung durchzusetzen, aber leider, leider keine Mehrheit im Bundesrat dafür gefunden und das sei nun mal das Wesen der Demokratie: Mehrheit entscheidet!«

Allen Trassengegnern sei gesagt: Gut, wir brauchen Mehrheiten. Die Mehrheit in der Region, weil gegen den Willen der betroffenen Bürger die Trasse nicht durchsetzbar ist, das wissen die Energiekonzernherren genau, sie wissen es und lecken ihre Wunden aus den Konflikten Niedersachsen, Thüringen und Franken. Der Konflikt um die Trasse



Ganderkese-See und St. Hülfe dauert schon vier Jahre. Jetzt hat das Planfeststellungsverfahren begonnen, in dem eine Teilverkabelung an den Wohngebieten und im Naturschutzgebiet vorgesehen ist. Das hätten sie auch früher haben können, mit etwas mehr Einsicht.

Wir brauchen Mehrheiten im Landtag, damit ein brandenburgisches Erdkabelgesetz, (das die LINKE einbringen wird) und eine Novellierung der Mindestabstände von Freileitungen zu Wohngebieten verabschiedet werden können.

Wir brauchen eine Mehrheit im Bundestag, wenn es darum geht, die »Uckermarkleitung« in die Reihe der Pilotprojekte aufzunehmen. Dafür sollten wir kämpfen, nicht für die im Gesetz in erster Linie vorgesehene Beschneidung des Rechtswegs für Betroffene, da ist die Mehrheit schon vorhanden, denn das EnLaG, das am 19.9. 08 im Bundesrat durchgewunken wurde, ist ein Regierungsentwurf, ein Vorhaben der großen Koalition. Auch da gilt: **Nicht über unsere Köpfe!**

Für die regionale Mobilisierung ist Eberswalde von großer Bedeutung. Hier verläuft die geplante Trasse von Lichterfelde kommend über Wolfswinkel, Finow-Ost und am Rande des Brandenburgischen Viertels. Immerhin ist die Stadt jetzt aufgewacht und hat nach der von der BI »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« am 5.9. In der Aula der Fachhochschule geführten Diskussion einen »neuen Blick auf die Freileitung«, wie die MOZ am 16.9.08 schrieb. Es soll ein Gutachter eingeschaltet werden. (Mal sehen, wen man mit dem Gutachten beauftragt.) Man kommt also ins Grübeln, man artikuliert Zweifel und stellt Fragen. Wer fragt, will auch eine Antwort, eine die ihn überzeugt. Es gilt: **Nicht über unsere Köpfe!**

Natürlich ist klar, »Die Leitungen werden unter der Erde verlegt« – aber nicht ohne unser Zutun, ohne unser Engagement.

HARTMUT LINDNER, Senftenhütte

Zur Krise der Banken

Glaut man den Kommentaren in manchen Tageszeitungen, dann tritt dieser Tage die ganze Schwäche und Anfälligkeit der modernen Marktwirtschaft (auch genannt »Kapitalismus«) zu Tage. Gefordert wird Regulierung und Verstaatlichung der betroffenen Branche.

Ich teile diese Ansicht nicht. Erstens kann man so pauschal nicht argumentieren und zweitens muß man sich schon die Mühe machen, nach den Ursachen der Krise zu forschen. Ich greife im folgenden auf Kenntnisse aus dem BWL-Studium, auf Veröffentlichungen in der Tages- und Wirtschaftspresse sowie von der »Naumann-Stiftung für die Freiheit« zurück. Meine These lautet: Auf einem idealen, freien Markt würde so etwas nicht passieren!

Die Verwerfungen im Bankensektor haben ihre Ursache nicht darin, daß dort »ein freier Markt besteht«. Im Gegenteil handelte es sich z. B. bei den Hypotheken-Finanzierern Fannie Mae und Freddie Mac um halbstaatliche Konzerne. Auch in Deutschland waren bisher vor allem staatliche Institute betroffen: IKB, KfW, Sächsische Landesbank etc. Der verhängnisvolle Einfluß des Staates (ergo: der Politik) ist jeweils sichtbar geworden.

Eine schärfere Regulierung wird wirkungslos bleiben, solange bereits die bestehenden Gesetze keine Verbesserung bewirken. Es gibt in Deutschland (Handelsgesetz, Aktiengesetz etc.), aber auch international (International Financial Reporting Standards) umfangreiche Vorschriften zur Bewertung von Vermögen und Schulden sowie zur Berichterstattung und zur Wirtschaftsprüfung. Wie der Verfassungsrichter Di Fabio nachweist, werden manche Probleme nicht weniger, wenn sich der Staat (die Politik) ihrer annimmt. Durch die Notwendigkeit zum politischen Erfolg beschränken sich die Akteure auf diejenigen Teilprobleme, die in ihrem Machtbereich liegen und kurzfristige Erfolge versprechen. Das erklärt die weltweite Entwicklung, mehr Gesetze zu erlassen (mehr Regulierung) und die Gelddruckmaschinen (Verstaatlichung der Verluste) anzuwerfen.

Doch Vorsicht ist geboten: Durch Fehler beim Krisenmanagement kann aus der relativ sektoralen Bankenkrise eine echte Geldkrise werden! Jeder Geldschein, der dieser Tage frisch gedruckt und für die Bankenrettung ausgegeben wird, erhöht die Geldmenge und senkt den realen Wert der Sparkonten!

In der modernen Volkswirtschaftslehre wird auf die dynamischen Kräfte hingewiesen, die sich aus Erwartungen (hinsichtlich der Geldmenge, der Inflation und der Konjunktur) ergeben. Ebenso kann man es dem Banker wohl nicht verübeln, wenn er bei seinen Wett-Geschäften von vorneherein erwartet, daß letztendlich sowieso der Steuerzahler für seine Fehler bezahlen muß! Meiner Ansicht nach gibt es nur einen Weg aus der Krise: Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung! Dann haben wir Kleinverdiener mehr netto und die maroden

Diesmal schwarz

Mit den Farben der Anarchisten, rote Schrift auf schwarzem Grund, warb diesmal eine der großen »Volksparteien« in Eberswalde um die Gunst der Wähler. Auf die Bedeutung einer anarchistischen Sekte schrumpfte diese Partei nicht, immerhin behalten ihre Stadtverordneten den Fraktionsstatus. Aber die CDU gehört nun zu den »Kleinen« in der StVV.

Da müssen die Wähler bei der Wahlwerbung wohl irgendwas falsch verstanden haben. »Diesmal schwarz« interpretierten offenbar viele als »diesmal nichts«. So gesehen war diese Wahlwerbung tatsächlich die erfolgreichste. Denn die Nichtwähler waren auch diesmal in Eberswalde mit Abstand am zahlreichsten vertreten. Mit 64,7 Prozent legten sie gegenüber der Wahl 2003 um 3,5 Prozentpunkte zu.

Zur zweitstärksten Kraft avancierten mit 8,9 Prozent der Wahlberechtigten die LINKEN, gefolgt von der SPD mit 6,7 Prozent. Alle anderen blieben unter 5 Prozent.

Die geringe Wahlbeteiligung gilt als Zeichen für die Krise des bürgerlichen Parlamentarismus. Ein anderes Indiz sind die zahlreichen Wählergruppen und Einzelbewerber, welche den bislang Etablierten die Plätze in den kommunalen Vertretungen streitig machen. In der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, war dies bereits zur Kommunalwahl 2003 deutlich erkennbar, nachdem 1998 erstmals zwei Einzelbewerber ins Stadtparlament einzogen (BBP 10/1998). Vor fünf Jahren bekamen drei Wählergruppen (darunter eine nichtetablierte Partei) und zwei Einzelbewerber 6.775 Stimmen (17,6 %). Sie erhielten sieben Sitze in der StVV. Diesmal traten jeweils drei Wählergruppen und Einzelbewerber an. Trotz geringerer

Wahlbeteiligung stieg ihre Stimmenzahl auf 7.459 (21,0 %), was ihnen einen StVV-Sitz mehr als bisher bescherte. Diese 21 Prozent repräsentieren allerdings keine neue Kraft, welche die stabilen parlamentarischen Verhältnisse früherer Zeiten zurückbringt. Im Gegenteil. Wie die klassischen politischen Parteien, welche die Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen und Schichten widerspiegeln, sind auch die angetretenen Wählergruppen bestimmten gesellschaftlichen Strömungen zuzuordnen. Da ist die eher bürgerlich-konservative Allianz freier Wähler, die durch ihr Bündnis mit der Partei 50Plus bewies, daß sie auch vor Kontakten mit dem rechten politischen Rand nicht zurückschreckt. Daneben hat sich mit der Bürgerfraktion Barnim eine Gruppierung gefestigt, die man als bürgerlich-liberaldemokratisch charakterisieren kann. Schließlich ist mit dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde eine neue radikal-demokratische Gruppierung auf den Plan getreten, in der sich auch proletarische Elemente wiederfinden. Die klassische politische Teilung der Gesellschaft in Rechts, Mitte und Links findet sich also auch bei den Wählergruppen. Insofern hat die unter der Losung der Vereinigung (von AfW und 50Plus) erfolgte Spaltung der Bürgerbewegungen im Frühjahr für klarere Verhältnisse gesorgt. Diese Schubladeneinteilung der Wählervereinigungen muß natürlich diffus bleiben. Die einzelnen Akteure sind sich den genannten Grundtendenzen oft gar nicht bewußt. Ein wesentliches Element bleibt die Opposition zu den etablierten Parteien. Deren beschauliche Ruhe zu stören, bleibt eine Hauptfunktion.

GERD MARKMANN

Junge Liberale im Barnim

Ob Jusos, Junge Union oder solid, fast jede Partei in Deutschland besitzt eine Jugendorganisation, in der Jugendliche am aktuellen Politikgeschehen mitwirken können. So hat auch die FDP mit den Jungen Liberalen (JuLi) ein junges Forum, bei dem sich Gleichgesinnte treffen können um die Politik aus ihrer Sicht zu gestalten.

Um das politische Spektrum für die Jugend im Barnim zu erhöhen, trafen sich im Laufe der vergangenen Monate mehrere Jugendliche und entschlossen sich den Kreisverband der JuLis im Barnim wieder ins Leben zu rufen.

In der Kreismitgliederversammlung am 19. September wurde in der FDP Geschäftsstelle der neue Kreisvorstand gewählt und über eine neue Satzung abgestimmt. Als Kreisvorsitzenden wählten die Mitglieder Sergej Matis ins Amt. Dennis Buske wurde zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden und Kevin Spur als Schatzmeister gewählt.

Extra aus Potsdam reisten Mitglieder des Landesvorstandes an. So gab der Landesvorsit-

dem neuen Vorstand wichtige Tips mit auf den Weg und freute sich, daß es wieder liberale Jugendarbeit im Barnim gibt. Wie wichtig diese ist, betonte der FDP Kreisvorsitzende Gregor Bayer in seinen Grußworten. Während des Wahlkampfes zur Kommunalwahl konnte er gute Erfahrungen sammeln und hofft weiter auf eine starke Zusammenarbeit zwischen FDP und JuLis.

Daß die JuLis im Barnim auch aktiv die Politik betreiben wollen, zeigt sich darin, daß viele Mitglieder sich auch aktiv um ein Mandat bei den aktuellen Kommunalwahlen bemühten. Auf der Liste der FDP bewarben sich unter anderem Sergej Matis im Wahlkreis 1 in Eberswalde und Dennis Buske im Wahlkreis 3 in Bernau um Mandate für den Kreistag und die Stadtverordnetenversammlung.

Falls Sie mehr über die Arbeit der Jungen Liberalen erfahren möchten, können Sie sich gerne im Internet (www.julis-barnim.de) informieren oder per eMail (sergej.matis@fdp-eberswalde.de) melden.

»Den Bus nicht kaputt sparen«

Eberswalde (bbp). Am 24. September demonstrierten rund 120 Beschäftigte der Barnimer Busgesellschaft (BBG) und ihrer Billiglohn-tochter Verkehrsservicegesellschaft (VSG) auf dem Eberswalder Marktplatz gegen weitere Kürzungen bei dem kommunalen Verkehrsunternehmen. Bis 2011 soll die BBG jährliche Betriebskosten in Höhe von 1,4 Millionen Euro einsparen. Das entspricht fast dem Zuschuß des Kreises für die BBG von derzeit 1,4 Millionen Euro pro Jahr (im Kreis-Haushalt eingestellt sind 1,5 Millionen Euro). Daneben erhält der Kreis vom Land ca. 4,3 Millionen Euro zweckgebundene Finanzmittel für den ÖPNV und den Schülerfahrverkehr.

Die Landes- und Bundeszuschüsse für den ÖPNV sind seit Jahren rückläufig. Weitere Kürzungen sind angesagt. Dem neoliberalen Ideal entspricht ein öffentlicher Personennahverkehr völlig ohne öffentlichen Zuschuß. Doch wie soll das funktionieren?

Um diese Frage zu beantworten, sparte der Landkreis erstmal nicht an Geld. Für 75.000 Euro wurden in diesem Jahr zwei Gutachten in Auftrag gegeben, um die BBG »wettbewerbsfähig zu machen«. Ein Auftragnehmer war die BSL Management Consultants GmbH & Co KG, ein zur internationalen Lloyd's Register-Gruppe gehörendes Hamburger Beratungsunternehmen, das mit der Hamburger Hochbahn AG* verbunden ist. Nach Aussagen von BBG-Geschäftsführer Frank Wruck gibt es eine Liste von 60 Vorschlägen, aus denen er bis Ende November einen Maßnahmeplan zur Restrukturierung der BBG zurechtstüchern soll (MOZ, 25.9.2008). Die Gutachter sehen als Einsparpotentiale u.a. Lohnsenkungen, betriebsbedingte Entlassungen, die Abschaffung von Lehrlingsausbildung und Personalentwicklung vor. Dies klinge »eher nach Abwicklung denn nach Zukunft«, hieß es dazu in der Kreiszeitung der Barnimer LINKEN (Offene Worte, 8/2008). Setze man die Vorschläge der Gutachter um, heißt es dort unter Bezugnahme auf den BBG-Geschäftsführer weiter, müsse man eine schlechtere Qualität der Leistungen der BBG in Kauf nehmen. Ein Teil der Maßnahmen, werde sogar die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der BBG verschlechtern. Andere Empfehlungen »der teuren Gutachter« seien »so einfallreich wie diese: Busse seltener reinigen, Sicherheitsüberprüfungen der Fahrzeuge auf ein Minimum reduzieren, Marketing praktisch abschaffen«. Auch die Dienstkleidung der Busfahrer solle eingespart werden. Dies, verbunden mit Lohndumping, dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der BBG gegenüber privaten Anbietern kaum verbessern. Zumal private Verkehrsunternehmen nicht die einzige Konkurrenz sind. »Wenn die Qualität nicht stimmt oder er sich nicht sicher fühlt«, sagt Wruck, »wird der Kunde ein anderes Verkehrsmittel wählen«.

Laufen die aktuellen Diskussionen also dar-

insgesamt abzuwickeln? In dem Artikel in den »Offenen Worten« wird Klartext geredet:

Der Spardruck gehe von CDU-Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt aus, dem ein privates Unternehmen ohnehin lieber wäre als ein kommunales. Hinter vorgehaltener Hand bedauere er gern, daß es dafür derzeit leider keine politischen Mehrheiten gäbe. Bockhardt war es auch, der den Eberswalder Obus abschaffen wollte und seine Verwaltung dafür ein weiteres teures Gutachten bezahlen ließ. In der Fachwelt wurde dessen Empfehlung, die Obusse durch Brennstoffzellenbusse zu ersetzen, allerdings nur amüsiert belächelt. Dennoch fehlt bis heute ein klares Bekenntnis des Landkreises zum Obus.



Beim Brennstoffzellenbus schließt sich übrigens der Interessenkreis zur Beratungsfirma und deren Verbindungen zur Hamburger Hochbahn AG. Dort fahren derzeit solche Brennstoffzellenbusse im Modellversuch. Diese Verkehrsgesellschaft hat darüber hinaus mit der BeNEX GmbH eine Tochtergesellschaft für Verkehrsleistungen außerhalb Hamburgs. Die BeNEX ist bereits heute an vier Bahngesellschaften, darunter die ODEG, und drei Busgesellschaften beteiligt. Die weitere Expansion gehört zu den Kernpunkten der BeNEX-Firmenphilosophie.

Weitere Unsicherheiten verursacht die bei der Vergabe der Verkehrsleistungen im Barnim unterlegene Kraftverkehrsgesellschaft Dreiländereck mbH (KVG) aus Zittau, einem Tochterunternehmen des Essener Abellio-Konzerns. Über deren Klage ist noch nicht endgültig entschieden worden. Abellio gehört zu drei Viertel dem Londoner Investmentfond STAR Capital Partners Ltd. und ist offenbar auf die weitere Expansion dringend angewiesen, da die Geschäfte bei dessen Tochtergesellschaften, wie es heißt, nicht optimal laufen und ein Zusammenbruch des Billiglohnimperiums droht.

* Die Hamburger Hochbahn AG ist ein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiertes und geführtes Unternehmen, das sich im Besitz Hamburgs befindet. Mit rund 4.400 Mitarbeitern und rund einer Million Fahrgästen täglich ist sie das

BBG mit neuer Internetseite

Eberswalde (bbg). Die Internetseite der Barnimer Busgesellschaft (www.bbg-eberswalde.de) präsentiert sich ab sofort in einem neuen Design. »Mehr Information. Mehr Service.«, so lautet die neue Devise. »Übersichtlich, informativ mit vielen zusätzlichen und neuen Seiten möchten wir Sie künftig auf dem Laufenden halten«, heißt es in der Mitteilung der BBG. »Wir wünschen Ihnen schon jetzt viel Spaß beim Schmökern und freuen uns auch auf Ihre Meinung.«

Bürgerhaushalt 2009/10

Vorschläge bis zum 15. Oktober möglich

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 2. Oktober ist der Eberswalder Bürgerhaushalt für 2009 online. Unter der Stadtadresse www.eberswalde.de/Bürgerservice/Stadtverwaltung/Finanzen ist der Wortlaut zu finden. Kämmerin Renate Geissler informiert dazu: »Bereits vor der Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2008 fand erstmals eine öffentliche Beteiligung der Bürger an der Diskussion des Investitionsprogramms für die Jahre 2008 – 2011 statt. Eine anspruchsvolle und intensive Form der Diskussion zum Haushalt! Alle eingebrachten Vorschläge wurden im Finanzausschuß und in der StVV beraten und nicht wenige umgesetzt. Dieses machte Mut für die nächsten Jahre. Deshalb setzen wir die Diskussion mit Ihnen auch in diesem Jahr fort. Sie können mitbestimmen, wie Eberswalde sein Geld einsetzen soll! Wenn Sie in Eberswalde leben, haben Sie sicher einige Ideen, was Sie gerne anders machen möchten bzw. wo Sie andere Prioritäten sehen.«

Jeder Vorschlag wird diskutiert und bewertet. Der Finanzausschuß am 12.11.2008 und die Stadtverordnetenversammlung am 20. November entscheiden anschließend über die Umsetzung. Reichen Sie Ihre Vorschläge bis 15. Oktober 2008 bei der Stadtverwaltung ein: Stadtverwaltung Eberswalde, Kämmerei, Postfach 100 650, 16202 Eberswalde, Kennwort: Bürgerhaushalt oder per e-Mail: r.geissler@eberswalde.de. Oder Sie kommen zu den Sprechzeiten in die Kämmerei, direkt im Rathaus, Zimmer 103.

9 Jahre VAB

Die »Virtuelle Allgemeinbibliothek«, kurz VAB, ist eine kommentierte Linksammlung, die Ingrid Strauch im August 1999 begonnen hat. Gesammelt werden Links zu Veröffentlichungen (Texte, Datenbanken und Verzeichnisse), bei denen sie von einer längerfristigen Nachfrage ausgeht. Die aktuell 5.000 Links werden zusammen mit einer kurzen Zusammenfassung in eine Systematik eingebaut und sind auch per Autoren-, Institutionen- oder Schlagwortregister erschlossen. Die Zielgruppe der VAB sind alle Menschen, insbesondere Studierende, Schüler und bildungsinteressierte Erwachsene. Adresse: <http://www.virtuelleallgemeinbibliothek.de>

Anzeige

Ortsvorsteher-Stichwahl

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gestatten Sie mir, daß ich zunächst die Gelegenheit wahrnehmen möchte, mich bei allen Wählerinnen und Wählern, aber auch bei allen Helferinnen und Helfern ganz herzlich zu bedanken. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen haben, daß meine Partei DIE LINKE im Wahlkreis I auf Kreis- und Stadtebene mit einem überwältigendem Votum für die nächsten sechs Jahre ausgestattet wurde.

Mit 56,4% haben mir die Wählerinnen und Wähler des Brandenburgischen Viertels ein klares Mandat für das Amt des zukünftigen ehrenamtlichen Ortsvorstehers erteilt. Leider fehlten 0,5 Prozentpunkte am notwendigen Mindestquorum von 15 Prozent aller Stimmberechtigten, was der erneut unbefriedigenden Wahlbeteiligung im Brandenburgischen Viertel von nur 25,7 Prozent geschuldet ist.

Am Sonntag, den 12. Oktober 2008, von 8 bis 18 Uhr können Sie erneut Ihr Votum abgeben.

Ich bitte ich Sie ganz herzlich: Gehen Sie am 12. Oktober erneut wählen und wenn möglich nutzen Sie die Chance, dafür im Verwandten- und Bekanntenkreis zu werben, um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Denn sollte auch in der Stichwahl keine Entscheidung diesbezüglich fallen, so wird die Wahl des Ortsvorstehers für das Brandenburgische Viertel durch die künftige Eberswalder Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden.

Abschließend bitte ich erneut um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung und freue mich wenn Sie mir am 12. Oktober 2008 ihre Stimme geben. Es gilt weiterhin das geschriebene Wort meines ersten Bürgerbriefes.

Für eine transparente und soziale Kommunalpolitik in unserem Stadtteil.

Ihr CARSTEN ZINN

129 Anfragen in 5 Jahren

Eberswalde (bbp). Insgesamt 128 schriftliche Anfragen stellten die Stadtverordneten der jetzt abgelaufenen Wahlperiode 2003 bis 2008. Mehr als die Hälfte der Anfragen, insgesamt 70, stammten von Abgeordneten der Fraktion der LINKEN, gefolgt von der Fraktion Grüne/BFB mit 23 und der FDP mit 18 Anfragen. Die SPD-Fraktion stellte 10 Fragen, CDU und AfW jeweils 2. Außerdem gab es zwei Anfragen des Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller und eine Anfrage des Kinder- und Jugendparlaments.

StVV-Wahl 2008:

Wahlgewinner – Wahlverlierer

Eberswalde (bbp). Im Vergleich zur Kommunalwahl 2003 gab es in diesem Jahr 115 Wahlberechtigte weniger. Da Eberswalde 2008 insgesamt mehr als 1.200 Einwohner weniger hat, betrifft der Bevölkerungsrückgang also vor allem Kinder und Jugendliche, was wohl vor allem darauf zurückzuführen ist, daß die geburtenstarken DDR-Jahrgänge ins Erwachsenenalter aufgerückt sind.



Die Zahl der Wähler ging um 1.288 zurück, was etwa dem Einwohnerrückgang entspricht. Folgt daraus, daß es vor allem die jungen Erwachsenen sind, die nicht zur Wahl gehen?

Statistiken dazu liegen nicht vor. Die Wahlbeteiligung jedenfalls sank gegenüber 2003 um 3,5 Prozentpunkte auf 35,3 Prozent. Nochmal ein Rückgang von 1 Prozentpunkt gegenüber der zur Bürgermeisterwahl 2006. Die Zahl der gültigen Stimmen sank um 3.012 auf 35.560. Dabei büßten die fünf traditionellen Parteien (SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Bündnis 90/Grüne) zusammengerechnet überproportional ein, weitere 684 Stimmen verloren diese Parteien an die Wählergruppen und Einzelkandidaten, die ihren Stimmenanteil auf 21 Prozent und ihre Sitze um einen auf acht erhöhten. Dabei gelang es mit Dr. Hans Mai, der von 1990 bis zu seiner Abwahl im Juni 1995 für die SPD den Posten des Eberswalder Bürgermeisters bekleidete, nach 1998 mal wieder einem Einzelbewerber, einen StVV-Sitz zu erringen.

Das neu angetretene Bündnis für ein demokratisches Eberswalde kam auf Anhieb auf zwei Sitze. Die beiden anderen Gruppen hielten ihre Sitzzahl. BKB/AfW (3 Sitze) verlor 20 Stimmen und die Bürgerfraktion Barnim (BFB, 2 Sitze) gewann 56 Stimmen hinzu. Die nicht mehr existente Schillpartei (2003: 2 Sitze) hatte keinen Nachfolger. Auf Kreisebene gingen deren Aktivisten in der Wählervereinigung BVB/50Plus auf, als deren Bestandteil sich auch die Gruppe BKB/AfW versteht.

Bei den fünf Parteien gab es deutliche Gewinner und noch deutlichere Verlierer. Die FDP gewann 1.885 Stimmen (+62,3 %) hinzu

parlament. Neben dem »Bürgermeister-Bonus« sprach für die Liberalen, daß sie eine Reihe junger Leute als Kandidaten gewinnen konnten. Auf jeweils rund 12 Prozent Mehrstimmen können die LINKEN (+965) und Bündnis 90/Grüne (+310) verweisen. Beide haben jeweils einen Sitz hinzugewonnen.

Die empfindlichsten Verluste trafen die CDU, deren Stimmenzahl sich um 4.197 auf

3.791 mehr als halbierte. Statt 7 Sitze dürfen die Eberswalder Christdemokraten künftig nur noch 4 besetzen. Zweiter Verlierer war die SPD, die 2.658 Stimmen weniger (-27,3 %) bekam, als 2003. Die SPD-Fraktion büßt 2 Sitze ein und ist künftig mit 7 Stadtverordneten vertreten. Ein Debakel mußte auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD Peter Kikow erleben, der

schon bei der SPD-Kandidatenaufstellung durchgefallen war und daraufhin als Einzelbewerber antrat. Er erhielt lediglich 182 Stimmen (entspricht rechnerisch etwa 60 Wähler).

Gewinner und Verlierer gab es – ausgehend von den gesetzten Listenplätzen – auch innerhalb der Vorschlagslisten. Bei den LINKEN schaffte im Wahlkreis 2 (Eberswalde) die bisherige Stadtverordnete Hannelore Saupe, trotz aussichtsreichem dritten Listenplatz, nicht den Wiedereinzug in die StVV. Stattdessen errang Hans Pieper (Listenplatz 6) eines der fünf Mandate. Im Wahlkreis Finow gingen die vier Mandate an die vier ersten Listenplätze. Der bisherige Stadtverordnete Gerd Markmann (Listenplatz 5) hatte mit 243 Stimmen keine Chance. Bei der SPD erreichte der Erstplatzierte im Wahlkreis Eberswalde, der Ortsvereinsvorsitzende Daniel Kurth, keines der vier Mandate in seinem Wahlkreis. Eindeutige Wahlgewinner waren hier Dr. Christel Brauns (Listenplatz 16) und Jürgen Kumm (Listenplatz 15).

Bei den Bündnisgrünen errang Torsten Pelikan mit Listenplatz 5 eines der zwei StVV-Mandate im Wahlkreis Eberswalde, während in Finow der zweitplatzierte Dr. Andreas Steiner den bisherigen Stadtverordneten Andreas Fennert auf den mandatslosen Vizeplatz verwies. Bei BKB/AfW zog Frank Banaskiewicz im Wahlkreis Eberswalde trotz Listenplatz 8 ins Stadtparlament ein, während der zweitplatzierte Rolf Zimmermann, bisher Stadtverordneter, leer ausging, ebenso wie die Vertreter der Bürgerinitiativen Mühsamstraße und Eichwerder Ring, welche die folgenden Listenplätzen inne hatten. Die Wahlergebnisse der übrigen Bewerber

Beratung

für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum
»Wege zur Gewaltfreiheit«

Der Zweck heiligt die Mittel

Wenn das Kommunalrecht den Plänen der Stadt im Wege steht, dann muß man es eben ignorieren.

Die Berichterstattung der MOZ über die letzte Stadtverordnetenversammlung am 11.09.08 blendete ausgerechnet das aus, was dieser StVV das Gepräge gab. Das war die Debatte um die Straße am Wasserturm.

Nach Vorstellungen der Stadtverwaltung sollte in der StVV über Vorplanung Straße »Am Wasserturm« beschlossen werden. Im Bauausschuß war darüber am 2. September beraten worden. Die Ausschußmitglieder stimmten der Vorlage aber nicht zu, sondern empfahlen, diese zu vertagen. Hintergrund für diese Entscheidung war die Tatsache, daß in der Bauausschußsitzung eine Informationsvorlage zur Erschließung der Messingwerksiedlung mit drei Varianten vorgestellt wurde, die auch die Wasserturmstraße beinhalten. Verständlich, daß die Abgeordneten die Entscheidung zur Wasserturmstraße nicht losgelöst von den Varianten der Messingwerksiedlungserschließung treffen wollten.

Nicht so die Verwaltung. Sie wollte von den Abgeordneten die Zustimmung zur Vorplanung unabhängig von der Erschließung der Messingwerksiedlung. Aber warum hatte sie dann diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung setzen lassen? Die bereits vor der Bauausschußsitzung versandte Tagesordnung für die StVV am 11.9. und die öffentliche Bekanntmachung dazu enthielten diesen Punkt nicht und mit der Einladung wurde die Vorlage auch nicht den Abgeordneten zugestellt. Das hatte also nichts mit der Ablehnung im Bauausschuß zu tun. Dann, nach der Hauptausschußsitzung am 4.9., wurde die Vorlage doch noch zugestellt. Doch nun konnte ein Tagesordnungspunkt »Vorplanung

Straße am Wasserturm« nur noch als »Erweiterung der Tagesordnung« aufgenommen werden, woran nach der Gemeindeordnung strenge Bedingungen geknüpft sind. Diese Bedingungen sollen den Grundsatz der Öffentlichkeit der Sitzungen der StVV schützen. Die Gemeindeordnung erlaubt die Erweiterung der Tagesordnung nur, »wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet«. Über die Dringlichkeit kann die StVV nicht beliebig entscheiden. Die Entscheidung muß einer gerichtlichen Nachprüfung standhalten. Im vorliegenden Fall bestand keine Dringlichkeit. Beim Bau der Wasserturmstraße handelt es sich um ein planmäßiges Projekt des Investitionsplanes der Stadt für das Jahr 2008/2009.

Trotz Unzulässigkeit der Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes beschloß die StVV die Aufnahme und stimmte der Verwaltungsvorlage zu. Dies geschah im vollen Bewußtsein der Fragwürdigkeit, die ich den Abgeordneten aufgezeigt und die daraufhin der Rechtsamtsleiter Herr Müller bestätigte hatte.

Bürgermeister Boginski, dem gemäß § 65 der GO das Recht und die Pflicht zur Beanstandung von rechtswidrigen Beschlüssen zusteht, ließ die Dinge laufen, ohne einzuschreiten. Auf die im Nachgang zur StVV erfolgte Aufforderung zur Beanstandung des rechtswidrigen Beschlusses reagierte Bürgermeister Boginski ablehnend und schrieb: »Der Standpunkt der Stadtverordnetenversammlung, bei der in Rede stehenden Beschlusvorlage von einer Eilbedürftigkeit im Sinne des § 43 GO auszugehen, erscheint mir jedoch durchaus vertretbar. Ich beabsichtige daher nicht, den Beschluß zu beanstanden.« Seine diesbezügliche Meinungsbildung ist genau so belie-

big, wie die Entscheidung der StVV über die Eilbedürftigkeit. Seiner Antwort ist nicht zu entnehmen, wieso ein ganz normaler, planmäßiger Geschäftsvorgang, wie die Vorplanung einer Straßenbaumaßnahme plötzlich eilbedürftig wird, wieso die Behandlung der Vorlage keinen Aufschub duldet und warum eine Behandlung unter faktischem Ausschluß der Öffentlichkeit zwingend erforderlich ist.

Wie soll man solches Vorgehen bewerten?

Der Bürgermeister hat versäumt, für die planmäßige Behandlung der Vorlage Wasserturmstraße in der Stadtverordnetenversammlung zu sorgen. Wahrscheinlich ist der Verwaltung einfach ein Fehler unterlaufen und möglicherweise ist die Durchführung der Maßnahme schon im Verzug. Aber statt die Fehler klar anzusprechen und nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen, ignoriert der Bürgermeister das Kommunalrecht, weil es seinen Zwecken im Wege steht. Dabei geht es konkret um den Grundsatz der Öffentlichkeit der Arbeit der Gemeinde, ein hohes Gut und keine Bagatelle!

Der vorliegende Fall mag relativ unbedeutend sein, aber der »lockere« Umgang mit dem Recht im Kleinen zeigt Defizite, die plötzlich ganz große Folgen haben können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Verkauf der Stadtwerkeanteile, der rechtswidrig zustande kam und trotz allem rechtswirksam geworden ist – zum Schaden der Stadt und ihrer Bürger.

Wenn Bürgermeister Boginski in seiner Bilanz der vergangenen Legislaturperiode den neuen Politikstil hervorhebt, dann sollte er künftig auch an einen neuen Umgang mit dem Kommunalrecht denken.

ALBRECHT TRILLER

Schulen in Eberswalde:

Lobgesänge und Verschwendungspolitik

Die Arbeiten an den Schulerweiterungsbauten der Oberschulen Mitte und Westend gehen voran. Begleitet wird dies durch regelmäßige Lobgesänge der lokalen Verwaltungsspitzen. So jubilierte der einst für diese Schulen verantwortliche Beigeordnete der Stadt Eberswalde Lutz Landmann anlässlich des Richtfests des Schulanbaus in Mitte: »Wir sagen danke für dieses Schmuckstück, das wir als Stadt niemals hätten errichten können« (MOZ, 27./28.9.). Erwähnt wird noch, daß die weiterführenden Schulen vor 2 Jahren an den Kreis abgegeben wurden.

Keine Erwähnung fand, daß bei einem Verbleib der Schulen bei der Stadt überhaupt keine Erweiterungsbauten notwendig gewesen wären. Eberswalde hatte genügend Schulgebäude. Statt den fast 11 Millionen Euro für die jetzigen zwei Oberschulen mit Grundschulteil

wurf des städtischen Schulentwicklungsplanes einen Investitionsbedarf von 4,8 Millionen Euro für die damals vier Oberschulen und die beiden inzwischen ebenfalls vom Landkreis übernommenen Grundschulen ein.

Die Abgabe der Schulen an den Landkreis verursacht demnach Mehrkosten in Höhe von rund 6 Millionen Euro. Die Kosten für den Abriß der Albert-Einstein-Oberschule sind dabei nicht mitgerechnet. Von den Kollateralschäden der Schulschließungen und die Auswirkungen auf die betroffenen Stadtviertel und ihre Einwohner, die nicht in Geld bemessen werden können, ganz abgesehen.

Was hätte man mit diesen 6 Millionen Euro, die nun Beton wurden, um die abgerissenen Schulräume zu ersetzen, nicht alles für die Schülerinnen und Schüler machen können...

»Altkleider«-Sammlung

Die Kampagne »Keine Stimme den Nazis« bietet allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern an, ihre Thor-Steinar-Klamotten einzuschicken. Als Dank erhalten alle Einsendenden ein T-Shirt der Kampagne. Thor Steinar steht mit seiner versteckten Symbolik für eine extrem rechte Einstellung. Die Verbreitung von Kleidung dieser Marke in öffentlichen Einrichtungen sorgt für eine Normalisierung dieser Einstellung unter Jugendlichen. Deswegen fordern wir das Verbot von Thor-Steinar-Bekleidung in Schulen und Jugendklubs. Mehr Informationen gibt es unter www.keine-stimme-den-nazis.de.

DANIEL WITTMER,
DGB Jugend Berlin-Brandenburg

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Linke Fraktion konstituiert

Nach ihrem erfolgreichen Abschneiden bei der Kommunalwahl bedanken sich Vorstand und Fraktion der LINKEN bei allen ihren Wählern und Unterstützern für das große Vertrauen, das in dem am 28. September erreichten Wahlergebnis seinen Ausdruck findet.

Am 6. Oktober hat sich 2008 die neue Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde konstituiert. Die 9 Mitglieder wählten Wolfgang Sachse zu ihrem Vorsitzenden, Stellvertreter wurden Sabine Stüber und Volker Passoke.

Die Fraktion wird den Stadtverordneten einen Vorschlag für den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung unterbreiten.

Die neue Fraktion dankte den ausgeschiedenen Mitgliedern Hannelore Saupe und Gerd Markmann und für ihr Engagement in den vergangenen Jahren. Mit ihrem Wahlprogramm hat sich DIE LINKE in Eberswalde für die kommenden sechs Jahre viel vorgenommen. Um möglichst viel davon umzusetzen, sucht die Fraktion die Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften im Stadtparlament und vor allem mit den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender

Lagagelände ausgeschrieben

Eberswalde (bbp). In geheimer Abstimmung entschieden die Stadtverordneten am 11. September, daß die Betreuung des Familiengartens auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau ausgeschrieben werden soll. Bei einer Enthaltung und 7 Gegenstimmen votierte eine Mehrheit von 17 Stadtverordnete für eine Ausschreibung, »es sei denn, vor der Ausschreibung findet sich ein Interessent, der unter Beachtung der steuerrechtlichen und fördermittelrechtlichen Bindungen bereit ist, den Familiengarten Eberswalde zu pachten«.

In der vorangegangenen Diskussion hatte Volker Passoke für die Fraktion der LINKEN vor dem unüberschaubaren Risiko gewarnt, das hier eingegangen wird. Die Angaben zu den Personalkosten und den Betreiberkosten seien nicht stimmig. Christoph Eydam erklärte hingegen für die CDU-Fraktion, ein schlechter Beschluß sei besser, als gar nichts zu tun. Zustimmung signalisierte auch Rainer Kriewald für die SPD-Fraktion. Es würden sich so neue Möglichkeiten für die Zukunft ergeben, an denen sich eventuell das Land beteiligen könne. Eberswalde könnte damit ein Beispiel für andere Städte sein, die die gleichen Probleme der Nachnutzung von Landesgartenschauen haben. Nähere Anhaltspunkte für diese Hoffnung wurden nicht genannt. Dr. Spangenberg (AfW) schloß sich den Ausführungen der CDU an.

Die Nachnutzung des Lagageländes als Familiengarten gehört zum Erbe der Schulz-Ära und belastet die Stadtkasse jährlich mit Ausga-

Die Wasserturmstraße

Voraus schicken möchte ich, daß ich für eine rasche Realisierung der Wasserturmstraße bin, denn der derzeitige Straßenzustand wird der besonderen Bedeutung des Wasserturmumfeldes nicht gerecht. Trotzdem drängen sich mir als Bürger und Einwohner der Messingwerksiedlung viele Fragen zur Vorgehensweise der Stadtverwaltung zum Bau der Straße zum Wasserturm auf.

Bei der Diskussion zum Verkehrsentwicklungsplan im Bauausschuß hat der Verkehrsexperte Dr. Hunger ganz klar zum Ausdruck gebracht, neue Straßen werden nur gebaut, wenn es die Belegungszahlen zum Verkehrsaufkommen hergeben. Ein Neubau der Straße über das Sportplatzgelände ist durch die zu erwartende geringe Verkehrsbelastung nicht gerechtfertigt.

Warum eine neue Trasse für die Zufahrtstraße, wo doch schon eine geeignete vorhanden ist? Warum wurde das einstimmige Votum der Bauausschußmitglieder, die Vorplanung der Wasserturmstraße zu vertagen, durch die Stadtverwaltung und den Bürgermeister Boginski einfach ignoriert und dem Hauptausschuß zwei Tage später als Tischvorlage vorgelegt? Warum wurde den Stadtverordneten am 11. September nur eine Variante der Vorplanung der Straße zur Abstimmung vorgelegt, obwohl es eine Erschließungskonzeption Messingwerk vom August 2008 mit drei Straßenvarianten gibt?

Warum jetzt diese Eile, nachdem der Straßenzustand seit der Wiedervereinigung 18 Jahre hingenommen wurde und ein Jahr für die Suche nach einer geeigneten Lösung (mit denkbar schlechtestem Ergebnis) gebraucht wurde? Die Begründung der Eilvorlage auf der Stadtverordnetenversammlung für die Eilbedürftigkeit der Vorplanung dieser Vorlage mit der Behauptung, es sei kein Geld mehr vorhanden, um die Löcher auf der alten Straße zuzumachen und daß das Geld im Haushaltsplan für 2008 für den Neubau eingestellt ist, ist mehr als fragwürdig.

Warum sollen für den Straßenneubau große alte Bäume und Grünflächen auf dem Sportplatzgelände vernichtet und eine Fläche von ca. 600 m² zusätzlich versiegelt werden, was die Sportanlage in der gesamten Ansicht zerstört? Eberswalde wird durch die Zerstörung einer Grünanlage und unnötige Baumfällungen seinem Ruf als grüne Stadt nicht mehr gerecht.

Warum eine solch überdimensionierte 5,50 m breite neue Straße über das Sportplatzgelände und eine neue Straßenbeleuchtung für 22.500 Euro, zumal auf der alten Straße eine funktionierende Beleuchtung vorhanden ist?

Warum wird die alte vorhandene Straße nicht so ausgebaut wie im Bürgerhaushalt vorgeschlagen wurde? Warum wurde mit den Anliegern noch kein Gespräch über den Bau der Straße und über die Trassenführung geführt, bevor Geld für die Vorplanung ausgegeben wird? Die Gespräche, die mit den Herren Kuchenbecker vom Wasserturmverein und Scharf vom Vorstand des Fußballvereines Stahl-Finow geführt wurden, sind irrelevant, da sie keine Baukosten im Sinne der Straßenausbaubeitragssatzung zu zahlen haben.

Warum wird die teuerste Variante des Ausbaues der Straße mit Parkplätzen, neuer Straßenbeleuchtung, teuren Entwässerungsanlagen, einem 3 m breiten Radfahrweg und einer überdimensionierten asphaltierten Fahrbahn mit einem riesigen Wendehammer als Anliegerstraße ausgewiesen? Die Anlieger werden bei einer geplanten Bausumme von 232.000 Euro mit 150.000 Euro zur Kasse gebeten. Das ist so durch die Anlieger nicht hinnehmbar. Die Straße soll den Wasserturm für den Tourismus erschließen, sowohl die Sportplätze, den Hirschplatz und die Kleingartenanlagen. Deshalb kann man hier nicht mehr von einer reinen Anliegerstraße sprechen.

OTTO BAAZ



Die Straße Am Wasserturm soll bis Mitte 2009 ausgebaut sein.

Mit der Bundeswehr gegen den »Inneren Feind«

Berlin (gfp/bbp). Die Bundesregierung legalisiert den »Einsatz militärischer Mittel« im Inland. Nach einem Bericht des Onlinedienstes »Informationen zur Deutschen Außenpolitik« (german-foreign-policy.com) haben sich die Regierungsparteien in Berlin auf eine entspre-

gesetztes geeinigt. Demnach wird die Bundeswehr künftig im Falle nicht näher definierter »besonders schwerer Unglücksfälle« auf dem Territorium der BRD operieren dürfen – zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die Intervention kann vom Bundeskabinett, bei »Eile« vom Ver-

Neues vom braven Soldaten Schweyk:

Gerechtigkeit für George W. Bush

»Lesen Sie die New York Times?«, fragt Schweyk die taz-Redakteurin, die er im Einsteigen an seinen Tisch gewunken hat.

»Genau wie Sie, jeden Montag, die Beilage der Süddeutschen Zeitung oder des Tagesspiegels, den Sie ja kürzlich abbestellt haben, wegen seiner defätistischen Haltung, seit so viele Berliner Lehrer ihn wegen seiner proamerikanischen Haltung abbestellt hatten. Sie erinnern sich an die schröderkritischen Kommentare von Appenzeller und Konsorten, die haben Ihnen ja seinerzeit aus dem Herzen gesprochen, aber leider nicht der stärksten Abonentengruppe. Da war nach etlichen Abokündigungen ein Kurswechsel dringend geboten, woraufhin dann Sie Ihrerseits das Abo gekündigt haben. Aber der taz sind Sie immerhin als Leser treu geblieben, wie ich aus unseren Gesprächen weiß. Also, was steht denn nun in der New York Times vom letzten Montag, das Sie so bewegt?«

»Es geht um David Bunnell, das ist der Mann, der in Berkeley bei der Post ein Päckchen aufgeben wollte und dabei feststellen mußte, daß er seine eigene Adresse vergessen hatte. Er konnte die Anschrift des Absenders, seine eigene Anschrift nicht angeben. Nun gut, den Heimweg hat er noch gefunden, aber an seine eigene Anschrift konnte er sich absolut nicht erinnern. Das hat ihm doch zu denken gegeben.«

»Ich erinnere mich, der Mann hatte plötzlich Angst vor Gedächtnisschwächen und entwickelte verschiedene Strategien des Hirnjoggings. Na schön, ein alter Herr, der sich so mancherlei Gedanken macht. Was finden Sie daran so interessant?«

»Das freut mich, daß Sie diesen Artikel Exercise Your Mind, Or You'll... Uh, Uh, auch gelesen haben. Es wundert mich aber, daß Ihnen die politische Brisanz dieses Textes nicht sofort aufgegangen ist. Mich hat der Artikel elektrisiert. Ich fordere seitdem Gerechtigkeit für George W. Bush!«

»Aber Herr Schweyk, was hat denn der George W. mit einem von Gedächtnisschwäche heimgesuchten Rentner zu tun? Ich erinnere mich nicht, daß Mr. Bunnell in irgendeiner Weise dem Georg W. ein Unrecht angetan hätte.«

Schweyk hat inzwischen die Beilage der SZ vom 13. Mai 2008 herausgekratzt und die S. 4 aufgeschlagen.

»Hier, gnädige Frau, bitte schauen Sie doch mal dieses Pressefoto an.«

»Nun ja, Mr. Bunnell macht eine seiner Leseübungen. Er liest den Roman Tree of Smoke und hält dabei das Buch so, daß die Buchstaben kopfstehen. Er erhofft sich dadurch einen Trainingseffekt zur Stärkung seiner Hirnfunktionen. Der Mann will das Geld für die teure Software Mmr Fit oder Brain Age 2 von Nintendo sparen. Er ist immerhin im Rentenalter und muß kostenbewußt leben, er ist Amerikaner, da sind die Renten nicht so üppig.«

»Das ist typisch, daß Ihnen bei diesem Bild auch nur wieder ein antiamerikanischer Kommentar einfällt, während Ihnen die politische Dimension dieser Abbildung verborgen bleibt. Ich rate Ihnen dringend, etwas zu Ihrer Gedächtnisstärkung zu tun, sonst seh ich für Sie schwarz. Ich geb Ihnen eine kleine Gedächtnisstütze. Wo waren Sie am 11. September?«

»Das kann ich Ihnen genau sagen, da war ich zu Hause, vor dem Fernseher und habe mir die Endlosschleife von der Attacke auf die Twin Towers angesehen. Das war ja unvermeidlich, denn ständig rief jemand an und sagte, ich müsse unbedingt den Fernseher einschalten...«

»Schön, da ging es Ihnen so wie mir auch. Aber wo war George W. Bush am 11. September?«

»Auch das kann ich Ihnen sagen. Das Bild ging ja um die Welt. Der besuchte eine Grundschule und übte mit den Kindern das Lesen. – Ach ja, jetzt fällt es mir wieder ein, da haben wir uns ja alle so köstlich amüsiert; der Mann schaute nur zum Fotografen und nicht ins Buch, denn dann hätte er bemerken müssen, daß er das Buch verkehrt hielt, upside down. So kann man ja gar nicht lesen. Böse Zungen behaupteten, das Foto beweise, daß George W. ein Analphabet sei, denn er hätte den Irrtum bemerken und beim Shooting korrigieren müssen. Das Foto kursierte im Internet. Millionen haben darüber herzlich gelacht.«

»Und deshalb fordere ich Gerechtigkeit für Georg W. Bush. Der Mann, der damals so ver-

lacht wurde, hat nichts anderes getan, als eine kleine Übung, um sein Hirn auf Vordermann zu bringen. Deshalb hielt er das Buch vermeintlich verkehrt. Von wegen, so kann man nicht lesen, probieren Sie's doch einmal. Das geht vorzüglich, man muß sich nur ein wenig Mühe geben.«

Und schon hält Schweyk der Redakteurin den Artikel aus der New York Times verkehrt entgegen und sie buchstabiert doch recht flüssig die Bilderläuterung: Yes, that book ist upside down. David Bunnell believes reading inverted type helps keep his mind sharp.

»Deshalb fordere ich Gerechtigkeit für George W. Bush Junior.«

»Um Himmels Willen, Herr Schweyk, bitte nicht so laut. Wenn uns jemand hört! Sie wissen ja gar nicht, was Sie mit Ihren unüberlegten Reden so anrichten. Ich weiß, Sie kümmern sich nicht um das geheime AGA, auch ich find das AGA eher amüsant als beängstigend, aber gleich gegenüber, auf der anderen Straßenseite befindet sich die amerikanische Botschaft, und da hört der Spaß auf. Dort ist die Vokabel Gerechtigkeit ganz anders konnotiert als bei uns. Jetzt muß ich Ihrem Gedächtnis ein wenig nachhelfen, sonst reden Sie sich noch um Kopf und Kragen, trotz blauweißgestreifter Krawatte und Ihrem starspangled Basecap. Der Feldzug der Amerikaner nach dem 11. September gegen Afghanistan lief unter dem Codewort Infinite Justice: Wenn Sie lauthals Gerechtigkeit für Georg W. Bush fordern, könnt das als eine Beschwörung eines Strafgerichts gegen den Präsidenten verstanden werden, da sind Sie Ihres Lebens nicht mehr sicher und alle Ihre Kontaktpersonen auch. Da ist dann nix mehr mit dem Kelch, wenn wir alle erst einmal in Guantanamo sitzen, – auch noch nach dem Freitagsgebet nachm Krieg um sechs ... Das möchte ich Ihnen ersparen. Solche gefährlichen Wörter wie Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, sollten wir gar nicht mehr verwenden.

Die sind in unseren Zeiten einfach zu mißverständlich. Hörs auf meinen Rat, dann besteht noch Hoffnung auf ein Wiedersehen am Freitag nach Krieg um sechs im Kelch.

aufgeschrieben von HARTMUT LINDNER

Bürgermeister in den Fußstapfen seines Vorgängers?

Da wird die neue »Walzwerkstraße« gefeiert, obwohl die Stadtverordneten erst eine Woche später über den Straßennamen entschieden. Da wird die Straßenvorplanung der Straße Am Wasserturm als Eilvorlage in die StVV eingebracht, obwohl der zuständige Fachausschuß ein paar Tage zuvor diese Vorlage ausdrücklich zurückgewiesen hatte.

Die vom Bürgermeister vorgeschlagene Reduzierung der Zahl der Ausschüsse ist eine

schen Demokratie. Nach Abgabe der meisten Schulen hat der bisherige Ausschuß für Schule und Kita tatsächlich kaum noch einen Diskussionsgegenstand. Die Tagesordnungen der beiden Ausschüsse Jugend, Senioren, Sport, Kultur und Soziales sowie Bau, Planung und Umwelt hingegen platzten zuletzt regelmäßig aus den Nähten. Warum nicht die Zahl der Ausschüsse bei angemessenerer Aufgabenverteilung beibehalten? Schließlich kam Boginskis

der Sachkundigen Einwohner je Ausschuß auf vier zu begrenzen. Welche Zeichen werden hier gesetzt?

Der neue Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte einen neuen Politikstil versprochen. Und in den ersten anderthalb Jahre seiner Amtszeit vieles davon eingelöst. Wieso nun der Rückfall in altes Gehabe?

Es bleibt zu hoffen, daß sich dies die künftigen Stadtverordneten nicht gefallen lassen.

16. SBB-Treffen in Storkow

Politik gegen die Verarmung

Am 13. September 2008 fand in Storkow das 16. Arbeitstreffen der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB) statt. Aus Angermünde, Brandenburg a.d.H., Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Jüterbog, Potsdam, Schwedt, Storkow, und Trebbin fanden sich Delegierte ein, um ihre Erfahrungen auszutauschen und um über gemeinsame Aktivitäten zu beraten.

Schwerpunkt der Beratung war die bevorstehende Kommunalwahl mit der Forderung nach einer Politik gegen die Verarmung, der weitere Ausbau und die Festigung der Vernetzung der Sozialproteste, sowie eine strategisch-programmatische Diskussion zur zum Thema »Arbeitsfairteilen«. Die Arbeitszeitverkürzung, die gemeinsam mit dem gesetzlichen Mindestlohn und einer repressionsfreien Grundsicherung zu den 3 Kernforderungen der sozialen Protestbewegung gehört.

Zum Thema Vernetzung faßten die Teilnehmer den Beschluß, zu den in Berlin stattfindenden Demonstrationen gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan am 20. September, gegen den Überwachungsstaat am 11. Oktober und gegen Hartz IV und Verarmungspolitik der Großen Koalition am 8. November aufzurufen. Parallel dazu wird die Unterstützung zur Verbreiterung der Bündnisplattform »Kinderarmut durch Hartz 4« fortgesetzt.

Auch die Tagespolitik war ein heiß diskutiertes Thema. Zum Beispiel die Selbstzerfleischungsvorgänge der ehemaligen Volkspartei SPD. Diese gesichtslose inzwischen offensichtlich dem Untergang im Hartz IV- Einheitsparteiengrau geweihte Partei, die ihre Wähler auf schändliche Weise verraten hat, kämpft, wie man weiß, um ihr Überleben. Keiner der vielen vom Sozialkahlschlag würde wohl traurig sein, wenn sich diese Partei auf ewig verabschieden würde.

Zeitgleich betrieb die Bildzeitung in den letzten Tagen gegen Millionen Hartzbetroffene geradezu eine Hetzjagd, um die Menschen, denen man bereits die Würde genommen hat, zusätzlich in Mißkredit zu bringen. Wir, die SBB, verurteilen eine solche Vorgehensweise aus Schärfe. Wie nur kommt es, so fragen wir uns weiter, daß plötzlich zwei unbekanntes Akademikern aus Chemnitz das Wort gegeben wird, damit sie ihrer Arroganz und Dummheit Ausdruck verleihen können. Diese Zyniker behaupten allen Ernstes, daß 351 Euro Regelsatz für ALG II-Bezieher zu viel seien und daß indes ca. 132 Euro völlig ausreichend seien. Wir fordern hiermit die Verantwortlichen unmißverständlich auf, sich für die menschenverachtenden Entgleisungen zu entschuldigen.

Das ganze Thema unsäglichen Leids, so dümmert es inzwischen vielen, ist vor allem auch ein Thema unser mitbetroffenen Kinder. Die aber sind die Zukunft unserer Gesellschaft!

FRANK ESCHHOLZ,

Rollstuhl im Dreivierteltakt

1. Brandenburger Rollstuhltag 11. Oktober in Eberswalde

Der Rollstuhltag gehört im Land Brandenburg zu den noch wenig verbreiteten Amateursportarten und ist in der breiten Bevölkerung wenig bekannt. Nur in wenigen Städten gibt es bereits Rollstuhlgruppen. Behinderteneinrichtungen bieten den Rollstuhltag zwar für ihre behinderten Beschäftigten bzw. Bewohner an, er erreicht aber nicht die Öffentlichkeit im Sinne von Freizeitsport. Rollstuhltag ermöglicht nicht nur behinderten Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, in rhythmischen und künstlerischen Bewegungen einer Sportart nachzugehen, sondern trägt auch zur Integration bei. Deshalb führt der Kreissportbund Barnim, in Zusammenarbeit mit mir als behindertenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN am 11. Oktober 2008 von 10 Uhr bis 15 Uhr in der Sporthalle Eberswalde im Sportkomplex Westend, Heegermühlerstraße 69a, 16225 Eberswalde, den 1. Brandenburger Rollstuhltag durch.

Unser Ziel ist es, den Brandenburger Rollstuhltag als Beginn einer regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltung zu etablieren und dadurch diese Sportart einem größeren Publikum nahe zu bringen. Der Rollstuhltag soll

den Gruppen die Möglichkeit geben, ihr Können zu präsentieren und miteinander in Erfahrungsaustausch zu treten, sich zu vernetzen und noch nicht Aktive für diese Sportart zu begeistern. Durch ein themenbezogenes Rahmenprogramm, wird gezeigt, zu welchen Höchstleistungen auch behinderte Menschen in der Lage sind. Ein Überraschungsgast hat bereits sein Kommen zugesichert. Zusätzlich zu den Darbietungen der Gruppen finden auch Workshops im Rollstuhltag statt.

Die Schirmherrschaft für dieses sportliche Event haben die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Frau Ziegler, der Landrat des Landkreises Barnim, Herr Ihrke und der Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Herr Boginski, gemeinsam übernommen.

Wer mehr über den Rollstuhltag erfahren oder sogar selbst mitmachen möchte, kann sich auf meiner Homepage (www.ingeborg-ko-lodzeike.de), telefonisch in meinem Wahlkreisbüro (03334-38 47 37) oder direkt beim Kreissportbund Barnim (www.kreissportbund-barnim.de bzw. Tel. 03334- 228 47) informieren und anmelden.

INGEBORG KOLODZEIKE

Kinderrechte in Eberswalde:

Glückskekse und ein Lied

Eberswalde (bbu). Welche Bedeutung hat die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen für mein eigenes Leben? Gelten die Kinderrechte für alle Kinder weltweit? Was kann man gegen Verletzungen der Kinderrechte tun? Sind alle Rechte denn auch hier schon umfassend verwirklicht?

Mit diesen und ähnlichen Fragen setzen sich Kinder der Förderschule Nordend und der Freien Montessorischule Barnim (beide Eberswalde) im Kinderrechtsprojekt der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark intensiv auseinander. Umfragen und Interviews haben die Grundschüler erschreckt: viele Erwachsene aber auch

Mitschüler und Freunde wissen kaum etwas über die Rechte der Kinder. Eine Aufklärungskampagne soll in diesem Schulhalbjahr Abhilfe schaffen. Es sollen Glückskekse gebacken werden, die einen Zettel mit jeweils einem Kinderrecht enthalten. Eine Kindergruppe hat ein Lied über Kinderrechte geschrieben, daß nun in einem professionellen Tonstudio auf CD aufgenommen werden soll. Andere wollen unbedingt einen Videofilm drehen, den sie anderen Kindern vorführen können. Und ein Wunsch haben fast alle Kinder geäußert: einmal mit dem Bürgermeister über die Kinderrechte zu diskutieren.

Flash-Mob-Aktionen erlaubt

Berlin (verdi/bbp). Blockade-Aktionen, bei denen im Tarifstreit in bestreikten Geschäften viele Personen gleichzeitig Pfennigartikel kaufen oder gefüllte Einkaufswagen stehen lassen, sind laut Gerichtsurteil zulässig. Solche sogenannten Flash-Mob-Aktionen sind durch die »freie Wahl der Kampfmittel grundrechtlich geschützt«, heißt es in einem Urteil Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg vom 29. September 2008 (Az: 5 Sa 967/08). Das Gericht wies damit eine Klage des regionalen Handelsverbandes zurück, der in zweiter Instanz solche Aufrufe verbieten lassen. Das Landgericht ließ

Der Einzelhandelsverband hält diese Aktionen für rechtswidrige Betriebsblockaden, während die Gewerkschaft ver.di darin moderate Arbeitskämpfformen sieht.

Laut Gericht könnten bei Aufrufen zu solchen Aktionen die Beschäftigten erkennen, daß diese sich gegen die jeweiligen Unternehmen und nicht gegen die Beschäftigten richten. Daher werden diese auch »nicht in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt«. Auch würden die Aktionen keine Eigentumsrechtsverletzungen beabsichtigen, da in den Aufrufen ausdrücklich darauf hingewiesen werde, keine Frischwa-

Bürgerstiftung bagatellisiert Faschismus

Vorgabe bei Förderpreis: Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR

Die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark ist bekannt für ihre Förderung bürgerschaftlichen Engagements, für ihr Eintreten für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz. Nun hat die Bürgerstiftung sogar einen »Förderpreis für Demokratie« ausgeschrieben. Damit sollen Menschen gewürdigt werden, »die sich einmischen, die gestalten wollen und Verantwortung übernehmen«. Dabei ist auch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein wichtiges Thema. Die gute Absicht wird allerdings ad absurdum geführt, wenn das Resultat dieser Auseinandersetzung schon vorgegeben ist. Im konkreten Fall geschieht dies durch Gleichsetzung. Eines der für den Förderpreis bewerteten Themen lautet: »Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur«.

Die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR stellt eine nicht hinnehmbare Bagatellisierung der Verbrechen des deutschen Faschismus dar.

Zugleich werden so alle Menschen, die in der DDR gelebt und für die Verwirklichung ihrer Ideale gearbeitet haben, pauschal denunziert und beleidigt. Eine objektive Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, mit den Fehlern, den Versäumnissen und zum Teil Verbrechen, wird so unmöglich gemacht.

Diese Gleichsetzung und die damit verbundene Geschichtsklitterung bietet – entgegen dem ausdrücklich erklärten Vorsatz der Stiftung – einen Nährboden für demokratiefeindliches, rassistisches und faschistisches Gedankengut.

Als Gründungsmitglied der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark protestiere ich auf das energischste gegen den Versuch die faschistischen Verbrechen klein zu reden und äußere die Hoffnung, daß dieser Vauxpas ein Einzelfall bleibt.

GERD MARKMANN

Förderpreis für Demokratie

Eberswalde (bbu). Mit einem Förderpreis für Demokratie möchte die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark zukünftig beispielhaftes demokratisches Engagement im Landkreis Barnim würdigen. Gesucht werden besonders gelungene Projekte und Aktivitäten z.B. zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur, zur Beschäftigung mit Demokratie und Menschenrechten oder zur Integration von Zugewanderten. Bewerber können sich Initiativen, Vereine, Kindergärten, Schulen, Jugend- und Bürgerbündnisse, Unternehmen, Kirchengemeinden und Kommunen aus dem Landkreis Barnim. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert und wird am 21. November 2008 zum ersten Mal verliehen. Bewerbungen sind bis zum 20. Oktober 2008 möglich.

Weitere Informationen und Hinweise zum Bewerbungsverfahren: www.barnim-uckermark-stiftung.de/demokratiepreis

Mobilitätsticket muß sozialer werden

Als Initiatoren der Volksinitiative »Für ein Sozialticket in Brandenburg« für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Umwelt Netzwerk GRÜNE Liga sehen wir die Kritik an der Ausgestaltung des nun eingeführten Mobilitätstickets als völlig berechtigt an. Deshalb haben wir uns Ende Juli in einem Offenen Brief an den Landtagspräsidenten Fritsch gewandt, der mittlerweile allen Fraktionen im Brandenburger Landtag zugeleitet wurde.

Wir betrachten die Einführung eines solchen Mobilitätstickets lediglich als ersten Schritt in die richtige Richtung, dem jedoch weitere unbedingte folgen müssen. Die angebotenen Preiskategorien für das ab dem 1. September 2008 nutzbare monatliche Mobilitätsticket außerhalb der kreisfreien Städte stellt für viele An-

spruchsberechtigte eine große finanzielle Herausforderung dar, weil davon auszugehen ist, daß es in den Preiskategorien zwischen 20,30 EUR und 64,20 EUR kaum oder gar nicht nachgefragt wird.

Hinzu kommt, daß die kreisübergreifenden Mobilitätstickets, die ja auch vorwiegend für Beschäftigte mit ergänzenden Lohnersatzleistungen im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) gedacht sind und im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr in den Fahrtrouten nach und über Berlin führen, in dieser Form nicht genutzt werden können.

Im Interesse aller Betroffenen fordern wir, schnellstmöglich nach flexiblen Lösungen zu suchen, die es ermöglichen, auch Einzelfahr-scheine sowie Tages- und Wochenkarten zum

halben Preis anzubieten. Auch mit Blick auf die steigenden Kosten für die Grundversorgung der sozial Schwachen im täglichen Bedarf. Diese Aufforderung geht an die Regierungskoalition von SPD und CDU, aber auch die federführende Oppositionspartei in der Volksinitiative, DIE LINKE.

Verkehrsminister Dellmann, einer der prominentesten Macher der Brandenburger Landespolitik und wohnhaft im Landkreis Barnim, sollte hierbei mit gutem Beispiel vorangehen.

Die ehrenamtlichen Initiatoren sind jederzeit für konstruktive Gespräche bereit, um die dringend notwendige qualitative Ausgestaltung des ursprünglich geforderten Sozialtickets auf Arbeitsebene vorzunehmen.

CARSTEN ZINN und Dr. ANDREAS STEINER

Antrag zur Uckermarkleitung im Bundestag

Bernau (bm). Einen Antrag, mit dem weitere Projekte zur Erdverkabelung – so vor allem die Uckermarkleitung – möglich werden, wird die Fraktion DIE LINKE in den Bundestag einbringen. Das kündigte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann an. Der Antrag wird entsprechende Änderungen im Gesetz zum Bau von Höchstspannungsleitungen fordern. Dieses ist kürzlich vom Bundesrat beschlossen worden und wird voraussichtlich im November erstmals im Bundestag behandelt.

»Die neue Leitung durch die Uckermark begründet Vattenfall damit, daß aus dem Nordosten mehr regenerativer Strom abtransportiert werden muß. Es wäre jedoch absurd, wenn wegen des grü-

würden«, erklärt Enkelmann. »Brandenburg kann kein Interesse daran haben, daß Ökostrom hier und Naturschutz da gegeneinander ausgespielt werden. Die Erdverkabelung bietet für das Problem einen akzeptablen Ausweg und Interessensausgleich«, so Enkelmann.

Mit dem Ansinnen, die Erdverkabelung der Uckermarkleitung als Pilotprojekt ins Gesetz aufzunehmen, war das Land Brandenburg Mitte September im Bundesrat gescheitert.

»Zu spät und zu halbherzig hat sich die Landesregierung dafür eingesetzt«, kritisiert Enkelmann. »Da hat Bundesumweltminister Gabriel eine bessere Lobbyarbeit hinkommen: Drei der vier beschlossenen Projekte zur Erdverkabelung liegen in

An dem Gesetzentwurf kritisiert Enkelmann nicht nur die Bevorzugung Niedersachsens. »Wie einst beim Transrapid-Gesetz wird einfach ein 'Bedarf' nach neuen Stromtrassen festgeschrieben. Gerichtliche Klagen von Bürgerinnen und Bürgern, die den Sinn neuer Stromleitungen generell anzweifeln, laufen damit von vornherein ins Leere. Es geht nicht mehr ums 'Ob', sondern nur noch ums 'Wie' - das ist undemokratisch«, betont Enkelmann. DIE LINKE wird deshalb ebenso beantragen, daß es beim Bau von Höchstspannungstrassen kein verkürztes Genehmigungsverfahren und eine volle Öffentlichkeitsbeteiligung gibt. »Nicht jede Leitung, die die Energiekonzerne jetzt planen, muß unbedingt gebaut wer-

DDR lag quer zu Marx

Gespräch mit Dr. Rainer Thiel

Lieber Rainer Thiel, Wir beginnen heute mit dem im Frühjahr in der Onlinezeitung »Artikel Eins« (www.artikel-eins.com) erschienenen Reihe »Marx im 21. Jahrhundert«. Das Bild von Marx stammt von einem Buch von Dir aus dem Jahr 1998. Wie bist Du auf den Titel »Marx und Moritz« gekommen?

Rainer Thiel: Ich habe 1946 als Sechzehnjähriger begonnen, Marx zu lesen. Bald habe ich das betreffende Fach studiert, habe akademische Grade erworben und war auch Dozent. Danach hat es mich in verschiedene Berufe verschlagen, in die sogenannte Praxis. Ich habe nie aufgehört, Marx zu lesen. So habe ich bemerkt, daß Marx durch die SED verstümmelt worden ist, nicht nur bruchstückhaft, sondern auch quer zum Meister, ungefähr so, wie sich »der kleine Moritz« Marx vorstellt.

In der DDR gab es aber eine vorbildliche Marx/Engels-Ausgabe in 43 Bänden.

Ja, Marx/Engels-Werke in 43 Bänden – abgekürzt MEW – konnte man nicht nur billig erwerben, die Ausgabe ist hervorragend gemacht. Für wenig Geld wurde sie auch von Bürgern aus aller Welt gekauft in Berlin, für knapp 10 Mark Ost. Vor allem die Marx-Texte sind aber nicht leicht zu lesen. Deshalb hat kaum jemand bemerkt, wie sehr Karl Marx in der offiziellen Lehre gestutzt wurde auf das Maß von Apparatschiks.

Kurze Zeit, nach dem »Artikel Eins« mit dem Abdruck der Serie begann, hat Lothar Bisky – Vorsitzender der Linkspartei und der Europäischen Linken – verkündet: »Der Marxismus-Leninismus ist tot was nicht heißt, daß man heutzutage nichts mehr von Marx lernen könnte.« (ND 4.4.08)

Bisky hatte in dem Institut gearbeitet, das für die Pflege des Marxismus-Leninismus besondere Verantwortung trug. Da ist Bisky mit einer solchen Bewertung nicht hervorgetreten, schon gar nicht mit einer differenzierten Bewertung von Lenin. Meine Analysen waren in der DDR nicht gefragt.

Und was war nach der sog. Wende?

Mitglieder aus der Partei von Bisky haben mich neutralisiert, einige sind über mein Buch hergefallen, und was ich sonst noch versuchte zu veröffentlichen, wurde durch die PDS und ihre Medien vom Tisch gewischt.

Du meinst also »Lenin differenziert« und »Marx hundertprozentig«?

Dazu habe ich einige Bücher und kleinere Texte verfaßt. Überblick in meiner www.thiel-dialektik.de. Ich hatte alles auch der PDS vorgelegt, der ich dienen wollte. Doch sie befaßt sich am liebsten mit sich selber.

Dann wollen wenigstens wir uns hier mit Marx auseinandersetzen. Mit dem Abdruck des »Marx im 21. Jahrhundert«, werden wir einige Zeit zu tun haben.

Ja. In der ersten Oktoberausgabe von »Artikel Eins«, übrigens der Jubiläumsnummer 50,

Karl Marx im 21. Jahrhundert (1)

Marx ist nicht gestorben

von Dr. Rainer Thiel

Jahrestage zu feiern ist nicht mein Hobby, auch wenn sich in diesem Jahr Marxens Geburt zum hundertneunzigsten und sein Todestag zum hundertfünfundzwanzigsten male jähren. Doch Marx habe ich gelesen, fast alles, was von Karl und seinem Freund Friedrich überliefert ist, in 42 Bänden. Manches habe ich mehrmals gelesen. Ich habe mir viel Zeit genommen seit neunzehnhundertsechundvierzig, auch wenn mein Dienst mir keine Zeit gelassen hat. Als ich sechzehn war, habe ich arrogante Randbemerkungen ins Kommunistische Manifest gekritzelt. Aber Karl hat mich gereizt. So hab ich's immer wieder aufgenommen mit ihm, bis ich ihn verstehen lernte. So bin ich ein Unikum geworden unter den Tausenden Professoren und Funktionären, die den Marx-Kopf – auf Pappe geklebt – von Werkstätten vor sich her tragen ließen, weil es Mode war.

Nun geschah es vor fünf Jahren, daß mit Hilfe des FDP-Bürgermeisters einer Stadt im Brandenburgischen die beschädigte Marx-Gedenktafel erneuert und an ihrem Stammpatz neu befestigt wurde, an einem Findling am Rande des Stadtparks. Zur Wiedereinweihung hatte man sich eine Professorin aus Berlin kommen lassen, eine charmannte, sehr bekannte Frau, und die führte aus: Marx war der größte Ökonom des neunzehnten Jahrhunderts. Da schenkte ich der Charmannten meine Bücher, in denen von Marx berichtet ist, und beschloß, meinem bevorstehenden Vortrag in Dresden den Titel zu geben: »Marx im 19., im 20. und im 21. Jahrhundert – Karl Marx für unser Jahrhundert«. Mein Vortrag hatte drei Hauptabschnitte: I. Ausbeutung, Entfremdung und deren Aufhebung; II. Die Allmählichkeit der Revolution; III. Es rettet uns kein höheres Wesen, aber auch kein Automat. Marx hat Voraussagen abgelehnt, aber Visionen und Denkmöglichkeiten entwickelt.

Ausbeutung, Entfremdung und deren Aufhebung

Als Philosoph schrieb Marx: Das menschliche Wesen ist »das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.« Marxens Interesse galt der Arbeiterklasse und dem menschlichen Wesen. In allen seinen Werken. Marx widmete der Arbeiterklasse besondere Aufmerksamkeit. Marx hatte im 19. Jahrhundert Gründe, die Arbeiter-

ben sich Politiker und Funktionäre orientiert, die sich als Stellvertreter der Arbeiterklasse fühlten. Politiker und Funktionäre haben sich auf die Arbeiterklasse berufen, das ganze 20. Jahrhundert hindurch, auch dann, als immer deutlicher wurde, daß die Eigenschaften der Arbeiterklasse nicht mehr ausreichten, um von

revolutionärer Fähigkeit sprechen zu können. Aber Marx hat auch Erkenntnisse hinterlassen, die uns ermöglichen, die Insuffizienz (Ungenügendheit, Unvollkommenheit) der Arbeiterklasse zu verstehen. Der Mangel an ausreichend revolutionärer Potenz der Arbeiterklasse wurde ab Ende des 19. Jahrhunderts bemerkbar. Die Erkenntnisse von Marx, die uns diesen Mangel verständlich machen, fasse ich zusammen unterm Stichwort »Entfremdungssyndrom«. Entfremdung wurde in der DDR gemindert. Viel wurde in die Bildung investiert, die Frauen-Emanzipation wurde gefördert. Das

Gesundheitswesen ist rationell gestaltet worden, schon deshalb, weil die Bürger als zu Betreuende gesehen wurden. Doch das grundlegende Verständnis für das Phänomen »Entfremdung« fehlte. Funktionäre haben dem Gesamtwerk von Marx auch im 20. Jahrhundert nur entnommen, was ihnen selber als nützlich erschien.

Wir haben sehr viel von Marx verschenkt. Deshalb ist es nicht gelungen, die DDR zu einem blühenden Land zu machen. Und unser neues Jahrhundert? Das 21. Jahrhundert mit der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zugleich mit der Entstehung einer alternativen Weltöffentlichkeit zwingt uns, endlich den ganzen Marx als den Unsrigen zu erkennen. Dann werden wir auch unsere Visionen haben, die durch uns selber zu realisieren sind. Durch uns! Es gibt kein Gesetz und keinen mainstream der Geschichte, der sie von selber hervorbringt.

Das war erst mal nur die Einleitung zu meinem Vortrag, zu dem mir ein Physik-Professor verholten hatte. Viele Zuhörer waren nicht erschienen, denn das PDS-Blatt in Dresden hatte vergessen, Ort und Zeit anzugeben.

Fortsetzung folgt



»Marx und Moritz«

Barnimer Umweltpreis verliehen

Bereits zum 13. Mal würdigten die Barnimer Bündnisgrünen besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Aus den Händen von Preisstifter Andreas Fennert, grüner Stadtverordneter in Eberswalde, und dem Kreissprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Karl-Dietrich Laffin, konnten die Preisträger eine Ehrenurkunde und das Preisgeld entgegen nehmen.

Den 1. Preis, verbunden mit 300 Euro Preisgeld, erhielt die Projektgruppe »Natur- und Schulgarten« der Grundschule Oderberg. Unter der Leitung von Revierförster Martin Krüger, der bereits seit vielen Jahren mit Schülern der Schule Naturschutzarbeit leistet, nahmen Schüler, Eltern und Lehrer im Jahr 2006 dieses Projekt in Angriff. In zahlreichen Arbeitseinsätzen konnte inzwischen ein verwildertes, 2.500 Quadratmeter großes Areal mit alten Obstbäumen zu einem Naturgarten zur ökologischen Nutzung und zum Erleben der Natur geschaffen werden. Die Kinder gestalteten ihr grünes Klassenzimmer eigenverantwortlich mit und können nun Tiere, Pflanzen und die Jahreszeiten mit allen Sinnen erfahren.

Der 2. Preis und 200 Euro Prämie gingen an die »Anti-Olchis« von der Grundschule Schwärzese in Eberswalde. Seit Juni vergangenen Jahres treffen sich die Mitglieder der Schülergruppe einmal monatlich. In kleinen Gruppen schwärmen sie dann im Brandenburgischen Viertel aus, um Müll einzusammeln und so den Olchis, im Müll lebenden Fabelwesen, den Lebensraum zu entziehen. Besondere Dreckecken dokumentierten die Kinder mit Kameras und stellten die Bilder im Bürgerzentrum aus, um so andere zu mehr Aufmerksamkeit und zum Mitmachen anzuregen.

Über den 3. Preis samt 100 Euro freute sich die Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökolo-

gie, Alnus e.V. Der Verein bekam den Preis für sein Projekt »Netzwerk Umweltbildung Eberswalde«. Dessen Ziel ist es, ein regionales Netzwerk für Umweltbildung zu schaffen und dauerhaft zu etablieren, um die Umweltbildung besonders mit Kindern- und Jugendlichen zu verbessern und auf hohem Niveau zu gestalten. Jeweils mit einer Anerkennung geehrt wurden:

– Der Familienbetrieb Martina Zenker aus Biesenthal, der im Nebenerwerb Flächen im NSG Biesenthaler Becken bewirtschaftet und 2007 eine 4 Hektar große Streuobstwiese mit 136 hochstämmigen Obstbäumen verschiedener alter Kultursorten anlegte.

– Der Verein Eberswalder Schützengilde 1588 e.V. für die Sanierung und naturnahe Gestaltung seines Vereinsgeländes. Hierbei wurden unter anderem Altlasten fachgerecht entsorgt, einheimische Bäume und Sträucher gepflanzt und Wildblumenwiesen angelegt.

– Die Familie Michael Reckzeh aus Eberswalde für ihr besonderes Engagement in Sachen ökologisches Eigenheim. Die Familie errichtete ein Passivhaus mit besonders niedrigem Energieverbrauch, betreibt eine thermische Solaranlage zur Heizungsunterstützung und heizt klimaneutral mit heimischem Holz. Waschmaschine und Geschirrspüler werden mit Warmwasser betrieben und Strom kommt von einem Ökostromanbieter.

Der Barnimer Umweltpreis wird jährlich, nunmehr bereits zum 13. mal, vergeben. Er soll Anerkennung und Ansporn sein für besonderes ehrenamtliches Engagement im Naturschutz, insbesondere in der Naturschutzarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Gestiftet wird der Preis zum größten Teil vom bisherigen Stadtverordneten Andreas Fennert, der dafür seine Aufsichtsratsbezüge zur Verfügung stellt, sowie vom Kreisverband Bündnis 90/Grüne.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Kreissprecher

380-kV-Freileitung (»Uckermarkleitung«):

Erdverkabelung in Eberswalde?

Finow (BBP). Die jüngsten Diskussionen zum geplanten Bau der 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) nahm der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller zur September-StVV zum Anlaß, sich bei Bürgermeister Friedhelm Boginski nach der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu dem Anfang des Jahres abgeschlossenen Raumordnungsverfahren zu erkundigen. Die Freileitung soll auf der bestehenden Trasse der in den 50er Jahren erbauten 220-kV-Freileitung gebaut werden. Diese Trasse quert das Stadtgebiet von Süden zwischen den Wohngebieten Brandenburgisches Viertel und Finow-Ost und führt bei Wolfswinkel über den Finowkanal und das TGE weiter nach Norden. Die vorgesehene Freileitung soll bei einem Mastabstand von 400 Metern Masthöhen bis zu 50 Metern aufweisen

»Welches«, fragt Triller, »sind die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme der Stadt Eberswalde zum Raumordnungsverfahren? Hat sich die Stadt zur Abstandsproblematik und einer eventuell notwendigen Erdverkabelung geäußert?« Der Ortsbürgermeister möchte auch wissen, wie der Bürgermeister zu dem Vorschlag steht, daß sich die Stadt Eberswalde dem Appell der Stadt Angermünde an die Landesregierung und die darin enthaltenen Forderungen anschließt. Schließlich fragt Albrecht Triller nach Schlußfolgerungen aus der aktuellen Entwicklung und ob sich die Stadt zumindest im Trassenverlauf durch die Wohngebiete für eine Erdverkabelung einsetzen werde. Wegen der urlaubsbedingten Abwesenheit des Baudezernenten, teilte Bürgermeister Boginski mit, werde die Anfrage nach dessen Rückkehr in den Dienst

Serbische Fichten gerettet

Eberswalde (bbp). Die serbischen Fichten im Waldfriedhof Eberswalde sind gerettet. Monika Bolscho und Dr. Andreas Steiner hatten mit viel Engagement gegen die geplante Fällung der Fichtenallee gekämpft (BBP 3/2008). Wie sie nun mitteilten, hat die städtische Friedhofsverwaltung inzwischen von einer Komplettfällung Abstand genommen, sofern nicht von »übergeordneter Stelle« entsprechende Vorstöße unternommen werden. Dank dem Engagement der beiden und der Berichterstattung in BBP und lokaler Tageszeitung gelang es, die nötige Öffentlichkeit herzustellen, um den geplanten Baumfrevl zu verhindern.

S-Bahn im 10-Minutentakt

Panketal (bbp). Der bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete Heinz-Joachim Bona hatte am 25. September zu einer Informationsveranstaltung in das Restaurant »Avira Tora« am S-Bahnhof Zepernick eingeladen. Die Verdichtung des S-Bahnverkehrs özwischen Bernau und Buch vom 20- auf 10-Minutentakt kann und muß Realität werden, meint Bona. Grund sind die überfüllten Züge im Berufs- und Ausbildungsverkehr aufgrund des enormen Einwohnerzuwachses in der Wachstumsregion Bernau/Panketal. Die Forderungen der Fahrgäste nach Verbesserungen im ÖPNV werden immer lauter. Deshalb hatte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim den Deutschen Bahnkundenverband (DBV) mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Der DBV kommt zu dem Ergebnis: »S-Bahn-10-Minutentakt zwischen Berlin – Buch und Bernau ist kostengünstiger und schneller realisierbar«. Nach der Vorstellung der Studie informierte Bona über die Umsetzungsstrategie der grünen Kreistagsfraktion. Der Bauingenieur Rainer Niemsch sprach zu den möglichen Verbesserungen am S-Bahnhof Zepernick für Fahrgäste, Fußgänger, Radfahrer und den Behindertenverkehr. Schließlich gab es Informationen über die Antworten des Landrates auf eine Anfrage der bündnisgrünen Kreistagsfraktion und die zum Kreistag am 24. September gemachten Verbesserungsvorschläge für den ÖPNV.

Einwohnerantrag im Landkreis Barnim:

Mehr S-Bahnen zwischen Bernau und Buch
10 Minutentakt ist machbar!

Sei schlau - fahr alle 10 Minuten nach Bernau!
Sei 'kluch' - fahr alle 10 Minuten nach Buch!

Der Einwohnerantrag muß von 5 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger über 16 Jahre unterzeichnet werden. Seit dem 22. September können die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Barnim den den von Bündnis 90/Grüne initiierten Einwohnerantrag mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Ukraine – Berlin 1918:

Fiasko eines deutschen Abenteurers (1)

von Rolf Richter (Bündnis für den Frieden Eberswalde)

»Wir sind auf rücksichtsvolle Weise neugierig, wenn wir uns ernsthaft in der Welt umschauen. Wer draußen etwas anders macht als wir, der weckt unser Interesse, nicht unsere Ablehnung,« so schönte Horst Köhler am 3.10.2008 in Hamburg die neue Aggressivität der deutschen Außenpolitik. Nach der »orangenen« und der »Rosenrevolution« in der Ukraine und Georgien betreibt der Westen die Aufnahme dieser Länder in EU und NATO, als gäbe es keine Großmacht Rußland. An die Staatsspitze geschobene Vertrauensleute – Juschtschenko und Saakaschwili – erinnern an frühere Statthalter fremder Mächte in der Region. Die Bundesregierung gibt sich unbeteiligt, hat aber tief die Finger drin. Walter Romberg (SPD), vormals Finanzminister der Regierung de Maizière, bezeichnete 2002 in einem Vortrag zur »künftigen Rolle der Bundesrepublik« vor dem Eberswalder Friedensbündnis Ukraine und Kaukasus als Schwerpunkte deutscher Außenpolitik. Wenig später gab es dort die erwähnten Regimewechsel. Die deutsche »Osteuropaforschung« befaßt sich intensiv mit Strategien der Einflußnahme in Zielgebieten deutscher »Interessen«. 2005 richtete die »Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen« eine Tagung zur Entwicklung in den Randstaaten Rußlands aus. Der geographische Rahmen umfaßte auch die »ressourcenbasierten Staaten der kaspischen Region.« Im US-Politjargon betrachtete Anja Franke dort NGOs »am Beispiel von Kasachstan« als »door opener« (Türöffner) und »watchdogs« (Wachhunde) für westliche Interessen.¹ Bemühungen, über Oppositionsgruppen und »bunte Revolutionen« westlich orientierte Regime an den Grenzen Rußlands zu installieren, stoßen zwangsläufig auf dessen Widerstand. Frau Merkels Versuch, Ukraine und Kaukasus ins eigene Einflußgebiet einzubeziehen, ohne die Beziehungen zu Rußland zu gefährden, bedeutet also die Quadratur des Kreises. Diese Politik der Bundesregierung verstößt gegen das übergeordnete deutsche Interesse an guter Nachbarschaft mit Rußland.

1941 gehörten Ukraine und kaukasisches Öl zu den Hauptzielen der faschistischen Aggression. Aber auch 1918 standen schon einmal deutsche Truppen in Georgien und der Ukraine. Kontinuität deutscher Expansionsziele? An das Revolutionsjahr 1918 und die Niederlage des deutschen Imperialismus vor 90 Jahren erinnern deutsche Medien tunlichst nicht. Hinter den Kulissen befassen sich aber deutsche »Ostforscher« intensiv mit den damaligen Versuchen, über nationalistische und separatistische Bewegungen abhängige Satellitenstaaten zu schaffen. So bilden Baltikum und Ukraine die Schwerpunkte einer Tagung des »Nord Ost Instituts« Lüneburg.² In Rußland erinnert man sich ebenfalls – mit Sorge – an die damaligen Ereignisse.³ Die große Koalition ist drauf und dran, uns in transatlantischer Gefolgschaftstreue in einen ersten Konflikt mit unserem östlichen Nachbarn zu steuern. Anlaß genug, sich auf Lehren der Geschichte zu besinnen. In die folgende Darstellung fließen auch Erfahrungen meiner Familie ein.

1. Kiew

Im Ringen um den Sieg im ersten Weltkrieg glaubte die deutsche Regierung den entscheidenden »Trick« gefunden zu haben. Nach der Februarrevolution 1917 wurde dem zusammenbrechenden Rußland das tödliche »Gift«, die bolschewistische Revolution, »injiziert« (Arnold Zweig). Als »Injektionsspritze« diente der plombierte Zug, der die bolschewistische Führung mit Lenin aus der Schweiz nach Schweden brachte. Folgen des Oktoberumsturzes 1917 waren das »Dekret über den Frieden« und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk (März 1918). Die Ostfront hatte sich offenbar erledigt. Deutsche und türkische Truppen besetzten Transkaukasien. In Kiew regierte seit 1917 die Zentralrada (»Rat«) der »Ukrainischen Volksrepublik«, eine Koalition von rechten Sozialdemokraten (Menschewiki) und Sozialrevolutionären. Doch im Januar 1918 entstand in Charkow die Sowjetrepublik Ukraine. Kiew und weite Teile der Nordukraine wurden von Sowjettruppen besetzt. Kein Finger rührte sich für die bedrängte Rada. »Es wirkte auf mich sehr niederschmetternd, daß es in der damaligen Lage völlig undenkbar war, das Volk zum Kampf gegen den Bolschewismus aufzurütteln«, gestand der Zarengeneral Skoropadskij, vor kurzem noch Armeekommandeur an der Südwestfront, von seinen Soldaten verlassen, als Arbeiter verkleidet nach Kiew durchschlug.⁴ Die nach Itomir geflohene Rada rief die Deutschen und Österreicher zu Hilfe und schloß, ebenfalls in Brest-Litowsk, mit ihnen

erlaubte, das Land zu besetzen und auszubeuten, das sie bisher nicht hatten erobern können. Rußland wurde in den Verträgen gezwungen, die »Unabhängigkeit« der Rada-Ukraine anzuerkennen.

Der Zusammenbruch der russischen Front löste bei der Obersten Heeresleitung (OHL) und bei den »Alldeutschen« Euphorie aus. Bis Mai 1918 wurden 53 kampfstärke Divisionen vom Osten an die Westfront verlegt. Bevor die USA wirksam in Frankreich eingreifen konnten, sollte dort der Gegner geschlagen werden. Wirklich brachten die deutschen Offensiven im Frühjahr 1918 zunächst Erfolge, nicht aber den Erfolg. Und sie kosteten Blut. Die Reserven waren schnell verbraucht. Aber die OHL hatte weitreichende Pläne. Arnold Zweig, damals im Apparat von »Ober-Ost«⁵ tätig, schilderte leicht ironisch eine der Planungsbesprechungen in der Zentrale des Ostheeres: »Der linke Flügel des Heeres zieht mit Schwung auf Dünaburg, Dorpat, Reval – ganz Estland, Lettland und Livland unter deutsche Befreiung und Herrschaft zu stellen... der rechte Flügel aber rückt auf Kiew – auf Kiew, Odessa, Gott weiß wie weit... Heeresgruppe Lychow (steht bei Zweig für Generalfeldmarschall v. Eichhorn, der das Kommando in der Ukraine übernahm) wird ... die Ukraine einnehmen und der armen Rada oder Regierung schon helfen, den Sonderfrieden zu erfüllen ... und Weizen, Petroleum, Zucker, Tabak und Mais ins blockierte Deutschland zu schicken.«

(6). Zunächst kam es auch so. Am 18. Februar begann die Offensive der Mittelmächte. Die Rada kehrte nach Kiew zurück, die Österrei-

cher rückten Mitte März in Odessa ein. Skoropadskij: »Ich erinnere mich, wie ich, aus dem Fenster blickend, ein in glänzender Ordnung in Kiew einziehendes deutsches Husarenregiment beobachtete... Wer hätte sagen können, daß diese glänzende deutsche Armee, die sich, geführt von ausgezeichneten Offizieren mit solcher Methode und Schnelligkeit über die ganze Ukraine ausbreitete, innerhalb von acht Monaten in eine Herde von kümmerlichen Schwätzern verwandeln würde, die jeder Bolschewik entwaffnen konnte...«⁴

Zunächst lief alles nach Plan. Die Besatzer stopten die Agrarreform der Rada und gaben das Land teilweise den alten Besitzern zurück. Im Kreis Odessa besaßen etwa 68.000 deutsche Kolonisten (10 % der Bevölkerung) 1914 etwa 38 % des Bodens⁷, auf der Krim waren über 80.000 ha (>60 % der Nutzfläche – vorwiegend Großbesitz) in ihren Händen. Sie und die russischen und polnischen Magnaten in der Ukraine, die Tyszkiewicz und Radziwill, Potocki und Lubomirski, waren also primär die Nutznießer des Einmarsches der Mittelmächte.⁸ Den konservativen deutschen Militärs paßte allerdings ihr Vertragspartner, die Rada, nicht – zu links, zu wenig kooperationswillig, eher zur Entente tendierend. Doch dieses Problem ließ sich schnell lösen. Im Mai unternahm General Skoropadskij einen Staatsstreich und ließ sich, nach ausgiebiger demagogischer Vorbereitung, zum Hetman der Ukraine ausrufen. Natürlich hatte er sich vorher mit dem Stabschef der Heeresgruppe Kiew, General Groener, verständigt. Die Deutschen begünstigten die Beseitigung der schwachen Re-

gierung, zumal der künftige Militärdiktator, ein dem Hochadel entstammender Konservativer, im Einvernehmen mit dem Verband der (Groß)-Grundbesitzer handelte. Wenige Tage vor dem Putsch, bemerkt Wertheimer⁸, »entdecken die deutschen Behörden die Rada- und Ministerverschwörung gegen die deutschen Truppen; sie sind gezwungen, zur Verhaftung einzelner Rädelsführer zu schreiten« (d.h. der Kriegsminister der Rada wurde verhaftet!). Unterstützt von der Hetmanverwaltung, machten sich die Besatzer an die Arbeit. »Alle diese Herrschaften«, schrieb Skoropadskij rückblickend, »erschieden in der Ukraine mit unzweifelhaft weitreichenden Plänen. Nicht umsonst wurden sie von hervorragenden Spezialisten für Finanzen, Industrie und Handel begleitet. Es wurden alle möglichen Projekte für die Gründung von Banken ausgearbeitet. Vertreter verschiedener Firmen schwirrten in der Ukraine umher. In Deutschland wurden verschiedene Gesellschaften für die Ausbeutung unserer Reichtümer gebildet. Es wurde auch Druck auf die Ministerien ausgeübt in der Frage der Eisenbahnkonzessionen usw. ... Gleichzeitig mit den großen Firmen und Unternehmern erschien in der Ukraine eine Masse von Gaunern, eine Art hungriger Schakale.... An diese Leute schlossen sich unsere eigenen der gleichen Art an. Es ergab sich ein ungeheurer Spekulationsschlamassel...«⁹ vgl. 4

Die deutschen Pläne reichten aber weiter. Der österreichische Heeresstab in Odessa berichtete nach Wien: »Deutschland verfolgt in der Ukraine ein bestimmtes wirtschaftlich-politisches Ziel. Es will sich für immer eine ungefährdete Straße nach Mesopotamien und Arabien über Baku und Persien sichern. Der Weg nach dem Osten führt über Kiew, Jekaterinoslaw [heute Dnjepropetrowsk, R.R.] und Sewastopol, wo der Seeweg nach Batum und Trapezunt beginnt. Zu diesem Zweck beabsichtigt Deutschland, die Krim als Kolonie oder in anderer Form zu behalten...«⁹ Konjunktur hatten auch absurde Thronprojekte deutscher Fürstensprossen. Sachsen, Preußen und Württemberger stritten um eine künftige Königskrone Litauens. Arnold Zweig hat das geschildert. In der Ukraine machte sich ein Habsburger Hoffnungen auf einen ukrainischen oder galizischen Thron. Erzherzog Wil-

helm von Habsburg-Lothringen lief zum Unwillen der deutschen Militärverwaltung im Folklorehemd herum und warb Anhänger (»Vasil Vyšyvanj« nannten ihn die Ukrainer – »Wilhelm den Bestickten«). Der Realitätsverlust war komplett. Besatzer und Hetman brachten umgehend die Masse der Bauern gegen sich auf – durch Liquidierung der Agrarreform einerseits, durch die Art, wie die Lieferungen für Deutschland in den Dörfern gegen wertlose Zarenrubel militärisch requiriert wurden, andererseits. Im Juli brach die Krise aus...

(Wird fortgesetzt)

Anmerkungen

- 1 – FRANKE, Anja, in: Osteuropaforschung - 15 Jahre »danach«. Beiträge für die 14. Tagung junger Osteuropa-Experten. Unter: <http://www.politik.uni-kiel.de/publikationen/SammelbandOE.pdf>.
- 2 – Loyalität, Legalität, Legitimität. Zerfalls-, Separations- und Souveränisierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914-1921. Tagung des Nordost-Instituts in Lüneburg, 9.-11. 10. 2008. <http://www.ikgn.de/veranstaltungen.loyalitaet.htm>.
- 3 – GUK, Sergej, Intervention unter dem Motto »Rußland retten«. Stimme Rußlands, 19. 9. 2008. [www.ruvr.ru / EINBLICK IN DIE GESCHICHTE](http://www.ruvr.ru/EINBLICK_IN_DIE_GESCHICHTE)
- 4 – SKOROPADSKYJ, Pavlo, Erinnerungen 1917 bis 1918. (Hrsg. Günter Rosenfeld. In: Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 55). Stuttgart 1999. Die weiter unten zitierten deutschlandkritischen Passagen der Erinnerungen wurden bei früheren auszugsweisen Veröffentlichungen weggelassen, da der Autor nach Deutschland emigriert war. Die zitierte Publikation ist die erste vollständige.
- 5 – Ober-Ost: Im Militärjargon Bezeichnung für Militärverwaltung und Verwaltungsbereich des »Oberbefehlshabers Ost«, also Baltikum, Weißrußland, Ukraine. Sitz von Ober-Ost waren Kowno (Kaunas) und Wilna (Wilnius).
- 6 – ZWEIG, Arnold, Einsetzung eines Königs. Berlin u. Weimar 1974.
- 7 – PENTER, Tanja, Odessa 1917. Revolution an der Peripherie. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 32). Köln Weimar Wien 2000.
- 8 – Die Fürsten Radziwill besaßen 70.000 ha Land und 40.000 ha Wald, 80 Vorwerke, 4 Zuckerfabriken, 3 Brennereien und Brauereien. Die Branicki verfügten über 45 Güter mit 55.000 ha, 7.000 Stück Vieh, 4.000 Pferde und 5.000 Zugochsen. Sie lieferten 50.000 t Druschfrüchte und 11.000 t Zuckerrüben: WERTHEIMER, Fritz, Durch Ukraine und Krim. Stuttgart 1918.
- 9 – TOLSTOI, Alexej, Das Jahr Achtzehn (Trilogie Der Leidensweg, Bd. 2). Berlin 1946, S. 405.

Kranbau oder KZ?

Die Firma Ardel (Eberswalde) hat ca. 35 Jahre lang Kräne gebaut, dann hat sie Granaten und Flugzeugteile für Hitlers Endsieg hergestellt. Dazu hat sie zehntausend Frauen mißbraucht, die aus Polen nach Eberswalde verschleppt worden waren. Die Frauen mußten bei Ardel schuften, hungern und Schikanen erleiden, viele starben. Nach dem Krieg wurde dank alliierter Beschlüsse Ardel enteignet. VEB Kranbau hat dann Eberswalde und den Namen »Takraf« in der Welt bekannt gemacht, in Ehren, vierzig Jahre lang, überall Takraf-Kräne aus Eberswalde. Nun sagt der neue Geschäftsführer, die Fabrik müßte wieder »Ardelt« heißen, der Name habe »Wiedererkennungseffekt«. Doch wer wird sich der ersten Jahre »Ardelt« noch erinnern? Auch die Frauen, die bei Ardel getötet wurden, lassen sich nicht wiedererwecken. Ehre und Ansehen der Stadt Eberswalde hat VEB Kranbau wieder hergestellt.

Dr. RAINER THIEL

Geschichte des Parlamentarismus:

Von 1848 bis heute

Berlin (bm). Im Durchgang zwischen Reichstag und Paul-Löbe-Haus befindet sich seit kurzem eine Ausstellung über die Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Die vom Deutschen Historischen Museum Berlin zusammengestellte Exposition gibt einen kurzen Abriss von der 1848'er Revolution bis in die Gegenwart. Besuchergruppen im Bundestag werden Gelegenheit haben, diese Ausstellung zu besichtigen.

Anmeldungen und Infos sind im Wahlkreisbüro von Dagmar Enkelmann erhältlich.

(03338-459543, eMail wkb-d.enkemann@t-online.de)

NaturFreunde-Reiseführer

Die Nachfrage in der Bad Freienwalder Touristinformation nach dem kostenlosen Reiseführer und den Veranstaltungsplänen der NaturFreunde war so groß, daß innerhalb weniger Tage das Material vergriffen war. Nunmehr hält die Touristinformation in der Königstraße von Bad Freienwalde wieder kostenlos den interessanten Reiseführer und Autoatlas im Taschenformat bereit. Darin enthalten ist das NaturFreunde-Häuserverzeichnis für ganz Deutschland. Die insgesamt 468 NaturFreundeHäuser bieten sehr preiswerte Unterkünfte und sind für alle offen. Sicher besonders für Familien interessant. Weiterhin ist der aktuelle Veranstaltungs- und Wanderplan der Bad Freienwalder NaturFreunde in der Touristinformation wieder kostenfrei erhältlich.

Weiterhin haben wir das gleiche Material im NaturFreundeHaus Eisguste, Eberswalder Chaussee 14 in 16248 Oderberg zur Abholung hinterlegt. Wer weiter weg wohnt kann sich das kostenlose Material gegen Portoerstattung auch zusenden lassen.

BERND MÜLLER, NaturFreunde Deutschlands,



Ein eisernes 3-Kopeken-Stück aus dem Jahre 1916. Deutsches Besatzungsgeld für den

Jähn – der bescheidene Raumflieger

Der erste deutsche Raumflieger zu Gast bei den »Offenen Worten« bei Dagmar Enkelmann

Wie bekommt man am Sonntagmorgen die Stadthalle Bernau so voll, daß mehr als 270 Leute den Saal bis auf den letzten Platz füllen? Man nehme die Themen Raumfahrt, deutsche Geschichte der letzten 40 Jahre und lade die Person ein, die diese Zeit wie keine andere repräsentiert: Sigmund Jähn, der Deutsche, der im August 1978 als erster Mensch dieser Nation ins All flog.

Ausnahmsweise hatte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) ihre traditionellen »Offenen Worte« in die Stadthalle verlegt. Zum Auftakt gab es – neben einer kleinen Ausstellung – den damaligen DEFA-»Augenzeugen«-Film zu sehen, der die Vorbereitung zum und den Flug selbst noch einmal lebendig werden ließen.

Jähn, inzwischen jenseits der 70, zeigte sich als überlegter und bescheidener Erzähler – und selbstverständlich als Fan der Raumfahrt, der noch heute sein Herz gehört. Daß der Vogtländer eine Woche lang hunderte Kilometer um die Erde kreisen wird, war ihm nicht in die Wiege gelegt worden. Daß es dazu kam, ist aber auch seiner Zielstrebigkeit und seinem unbedingten Willen zu verdanken.

Nach der 8. Klasse ging Jähn zunächst von der Schule. Ihm sei ganz allein der Weg zur weiterführenden Schule zu weit gewesen, gab er zu. Also lernte er drei Jahre Buchdrucker und damit einen »ordentlichen« Beruf. Doch ein Leben lang Buchdrucker zu sein – das sei ihm dann doch zu langweilig gewesen. Also meldete er sich, da lockte die umschgreifende Fliegerei, Mitte der 50er Jahre zur Kasernierten Volkspolizei. Als diese ihn aber nach der Grundausbildung zur zentralen Druckerei abkommandieren wollte, lief Jähn von Pontius zu Pilatus – vom Kompaniechef zum Regimentskommandeur und, als das nichts half, auch noch zum stellvertretenden Politchef – um doch zu den Fliegern zu kommen.

Ähnliches wiederholte sich bei Jähns Ausbildung zum Kosmonauten ab 1976. Zwei Jahre vor dem Start, schilderte er, hatte der eigentliche Auswahlprozeß für den Kosmosflug begonnen, bei dem am Ende noch vier Kandidaten übriggeblieben waren. Dann zog Jähn mit Familie ins Sternenstädtchen bei Moskau. Etwa ein Jahr vor dem Start galten Bykowski und Jähn als 1. Besatzung, die fliegen würde – und aus dem Status »konnten wir uns nur noch selber rausschießen«, erzählte Jähn. Und sie taten natürlich alles dafür, damit das nicht passierte.

Jähn bewältigte alle Forderungen in einer Weise, daß er – aus heutiger Sicht – als geborener Raumflieger erscheint. Einen Test, bei dem der Kandidat 15 Minuten auf einem Stuhl im Raum umhergewirbelt wird, überstand er ohne Probleme, während sich die Hälfte der Probanden regelmäßig übergibt.

Und wenn's gar nicht anders ging, half der Zufall: Durch einen Riechtest sei er nur ge-



Mit einer kleinen Aufmerksamkeit bedankt sich D. Enkelmann bei Sigmund Jähn für die beiden hochinteressanten Talkstunden.

kommen, weil just in dem Moment, wo der deutsche Arzt ihn schon für unfähig hielt, Geräusche zu erkennen, ein russischer Doktor ins Zimmer kam. Der hielt ihm eine Essenz unter die Nase, die er endlich und eindeutig als »Essig« klassifizieren konnte. Da war der Flug wiedermal gerettet.

Die Zeit im Sternenstädtchen war für Jähn eine der schönsten im Leben. In seiner Art klang das in Bernau so: Schön war's, weil er zu der Zeit keine großen Chefs mehr über sich hatte. »Wer solche Chefs hatte, weiß schon, was ich damit meine«, fügte Jähn unter Saalgelächter hinzu.

Jähn sparte, von Enkelmann dazu befragt, auch die Risiken des Fluges nicht aus: die klemmende Schleusentür nach dem Andocken an Salut 6 oder die sehr harte Landung in der kasachischen Steppe, bei der sich die Landekapsel mehrmals überschlug. Das Flugleitzentrum hatte zuvor noch überlegt, die Landung wegen starker Winde zu verschieben – habe aber anders entschieden, erinnerte sich Jähn äußerlich ruhig, dabei aber wissend, daß diese Entscheidung sein und das Lebens seines Flugkameraden Waleri Bykowski wenn nicht aufs Spiel setzte, so doch aber gefährdete. »Wir waren nach der Landung auch ziemlich lädiert.« Über Schwierigkeiten zu lamentieren kommt

aber für Jähn, den Pflichtmenschen, nicht in Frage. »Da muß man funktionieren«, antwortete er resümierend auf Enkelmanns Frage, ob das Leben zu viert in einer kleinen Kapsel nicht doch belastend gewesen war.

Beim Raumflug selbst gab es nicht nur wissenschaftliche, sondern auch »öffentliche symbolische Tätigkeiten«, wie Jähn sie bezeichnete. Einen Fehler habe er bei dieser »symbolischen« Arbeit allerdings gemacht, räumte Jähn ein. Er hätte das mitgebrachte Sandmännchen nicht mit der weißrussischen Puppe des Salut-Kommandanten verheiratet dürfen. Daß er mit dem spontanen Einfall die irdischen Schöpfer der – bewußt als Single konzipierten – Fernsehfigur in Schwierigkeiten gebracht hat, sei ihm nicht bewußt gewesen, gab sich Jähn augenzwinkernd reumütig.

Mit der eigenen Legende geht Jähn mit Humor und Selbstironie um. So hatte ihn der einstige sächsische Ministerpräsident Milbradt (CDU) zur Wiederaufstellung von Jähns Büste an der früheren Fliegerschule in Kamenz eingeladen, heute ein modernes Verwaltungszentrum. Nach der Wende war die Büste erstmal entfernt worden. Sein wachsender Ruhm als einziger gesamtdeutscher »Held« sorgte aber dafür, daß der Freistaat dann sogar zwei Büsten von ihm aufstellen ließ – eine Metallkopie auf den Vorplatz und das Original im Gebäude. »Ich bin bestimmt die einzige Person weltweit, die dieselbe Büste über denselben Menschen am selben Ort zweimal eingeweiht hat«, erinnerte sich Jähn an die Einweihung mit Milbradt und erntete eine Lachsalve.

Er selbst sieht sich vor allem als Wissenschaftler und schilderte, von Enkelmann dazu befragt, bereitwillig das Interkosmosprogramm der ehemaligen RGW-Staaten. Die Chance eines Mitflugs nichtsojetischer Bürger habe es erst mit der Raumstation Salut 6 gegeben, an der zwei Transportschiffe andocken konnten.

Die Chancen, heute Raumflieger zu werden, sind nicht sehr groß, so Jähn auf Enkelmanns letzte Frage. Beim jüngsten Aufruf der ESA (European Space Agency), die 8 bis 10 Raumfahrer-Kandidaten für die Internationale Raumstation ISS sucht, hätten sich 8000 Bewerber gemeldet, von denen 6000 gleich durchs Raster fielen. Dennoch machte Jähn den jungen Leuten im Saal Mut: Wer perfekt englisch könne und auch russisch, hätte schon mal zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt.

MANFRED SCHWARZ

Freiheit statt Angst – stoppt den Überwachungswahn!

++ Demo in Berlin ++ Sonnabend, 11. Oktober, ab 14.00 Uhr ++ Treffpunkt Alexanderplatz ++ Abschlußkundgebung am Brandenburger Tor ++

Auf der Demo-Homenage (<http://www.FreiheitStattAngst.de>) finden sich jeweils die neuesten Infos zur Demo, zu Anreisemöglichkeiten und zu Möglichkeiten, mitzuhelfen.

Das Benfordsche Gesetz

In dem heutigen Beitrag zum Jahr der Mathematik wird beschrieben, warum bei Zahlen die 1 als erste Ziffer häufiger auftritt als alle anderen. Genauer betrachtet war das Benfordsche Gesetz zunächst gar kein richtiges Gesetz, es paßte eher in die Richtung Murphys Gesetz, als zur Mathematik. Trotzdem wurde es Bestandteil der Mathematik, und die dazugehörige Geschichte ist spannend.

Als es noch keine elektronischen und mechanischen Rechenhilfsmittel gab, mußte man Aufgaben der Multiplikation und Division schriftlich mit Papier und Bleistift bewältigen. Eine Ersparnis des Aufwandes ergab sich mit dem Erscheinen von Logarithmentafeln. Multiplikationen und Divisionen konnten auf die Addition bzw. Subtraktion der zugehörigen Logarithmen zurückgeführt werden. Im 19. Jahrhundert gab es nur wenige Logarithmentafeln, sie würden häufig benutzt und wiesen dann Abnutzungsspuren auf. Im Jahre 1877 bemerkte der amerikanische Mathematiker Simon Newcomb, daß die am Anfang der Logarithmentafel liegende Seiten stärker abgenutzt waren als die Seiten am Ende. Da die Zahlen in Logarithmentafeln in aufsteigender Folge angeordnet sind, schlußfolgerte Newcomb, daß es bei Berechnungen viel mehr kleinere erste Ziffern gab, als Zahlen mit großen ersten Ziffern. Newcomb glaubte aber an eine Kuriosität, berichtete sogar darüber, aber das Ganze geriet in Vergessenheit.

Erst 1938 machte Frank Benford, bei der General Electric Company beschäftigt, dieselbe Feststellung. Benford untersuchte insgesamt 20.229 Zahlen, die in ganz unterschiedlichen Bereichen gesammelt wurden, z.B. Flußlängen, Zahlen in Zeitschriftenartikeln, Bevölkerungsstatistiken, Atomgewichte, Mathematische Konstanten, Nummern in Adressen, usw. Er stellte fest, daß die Verteilung der ersten Ziffer bei Zahlen nicht gleichmäßig ist, sondern den Wert $\lg(1 + 1/d)$ hat, d bezeichnet hier die erste Ziffer. Damit war das Benfordsche Gesetz existent, aber konnte man es auch beweisen?

Es gab noch einen davon unabhängigen älteren Zugang zu dieser Hypothese, bei der Leonhard Euler mitwirkte. Dieser sollte im Jahre 1727 den Durchmesser von Kanonenkugeln vermessen. Bei diesen Vermessungen ist erstmals das Symbol e verwendet worden. Als Maßeinheit wurden damals Rheinische Füße (= 31,385 cm) benutzt.

einer zufälligen Zahl skaliert. Dann werden die neuen Durchmesser von Kanonenkugeln erneut der Größe nach geordnet, und die ganze Prozedur wird wiederholt. Zeichnet man nach mehrmaligen Hintereinanderausführen der hier beschriebenen Prozedur die Werte in ein kartesisches Koordinatensystem ein (x -Achse 1 ... 100, y -Achse Durchmesser der Kanonenkugeln), so nähert sich diese Kurve der Kurve $\lg(1 + 1/\text{Durchmesser})$ an. Bei dieser Vorgehensweise wurde eine zufällige Skalierung gewählt. Dabei zeigte sich, daß das Benfordsche Gesetz unabhängig von der verwendeten Skala ist. Im Jahre 1961 bewies nun der US-Amerikaner Roger Pickham, daß gerade die Unabhängigkeit eines Meßvorganges von einer gewählten Skala, also die Skaleninvarianz, das Benfordsche Gesetz verursacht!

Aber damit noch nicht genug, wieder ein US-Amerikaner, nämlich Theodore Hill bewies 1996 folgenden Sachverhalt: Betrachtet man eine Menge von beliebigen Zahlen, die ihren Ursprung im Meßergebnis von völlig verschiedenen Vorgängen oder Zuständen haben, das können z.B. Benzinverbrauch von PKW's, Lebensdauer von Glühbirnen, Längen von Straßen, Atomgewichte, usw. sein, so gilt auch für eine beliebige gemischte Teilmenge aus diesen Zahlen das Benfordsche Gesetz, obwohl es vielleicht für die einzelnen Meßwerte, z.B. Benzinverbrauch von PKW's nicht unbedingt gelten muß.

Hier noch ein Blick auf ein Beispiel aus der Sparkasse Barnim, für dessen Bereitstellung ich mich hier bedanken möchte. Von 200 Girokonten wurden zu einem zufälligen Zeitpunkt die positiven Kontostände erfaßt, und die ersten Ziffern gezählt. Die Tabelle zeigt in der Zeile 2 wie oft diese Ziffer als erste auftrat, in Zeile 3 steht dann, wie oft man diese Ziffer als erste erwarten könnte, wenn das Benfordsche Gesetz gilt. Normalerweise erwartet man, das jede Ziffer als erste gleich häufig auftritt, also bei 200 Zahlen 22,22 mal. Aber, wie man anhand der

Ziffer	1	2	3	4	5	6	7	8	9
beobachtet	81	28	12	18	15	15	9	8	14
vorhergesagt	60	35	25	19	17	13	12	10	9

Diese Untersuchungen sollen Ausgangspunkt für das folgende Gedankenexperiment sein. Man betrachte 100 Kanonenkugeln in Rheinischen Füßen gemessen mit den Durchmessern von 1 bis 100, welche man der Größe nach absteigend ordnet. Anschließend wird jeder Durchmesser mit einer Zufallszahl (zwi-

Tabelle sieht, gilt das Benfordsche Gesetz approximativ schon bei relativ wenigen Zahlen.

Es soll vorgekommen sein, daß man in den USA bei einer Krankenkasse auf die Spur von gefälschten Abrechnungen kam, weil die ersten Ziffern der betrügerisch geforderten Beträge nicht dem Benfordschen Gesetz folgten.

Ein Leserbrief

Mit großem Interesse habe ich die Artikelserie zum »Jahr der Mathematik« gelesen. Es ist seit Jahrzehnten ein herzliches Anliegen vieler Mathematiker durch verständliche Artikel insbesondere zur angewandten Mathematik mit der Darstellung der Erfolge schon gelöster Probleme in populärwissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen zur Verbreiterung der Mathematik beizutragen.

Sehr häufig begegne ich der Meinung, daß die Mathematik eine unverständliche trockene Disziplin sei, die nur einen kleinen Kreis theoretisch interessierter Menschen zugänglich ist, die selbstvergessen in einem Elfenbeinturm lebt. Schon Wiedeburg schrieb in seinem Buch »Einleitung zu den mathematischen Wissenschaften« aus dem Jahre 1735: »Obgleich die Mathematik nebst anderen Wissenschaften nach der Reformation des sel. Lutheri ein ganz anderes Ansehen gewonnen, als sie vor Zeiten in den finsternen Mönchsklöstern, dahin sie verschlossen war, gehabt; indem sie sowohl bey hohen als niedrigen Standespersonen mehrere Liebhaber gefunden, welche sie auf allerhand Art und Weise zu befördern, und mit neuen Erfindungen zu vermehren sich eifrigst angelegen seyn lassen: so hat man dennoch heutigen Tages hohe Ursach zu klagen, daß so wenige sich finden, welche in diesen edlen und höchst nützlichen Wissenschaften etwas gründlicher zu erlernen bemühet sind.«

Aus heutiger Sicht ist ein Paradigmenwandel bezüglich der Anwendung der Mathematik auf betriebliche Probleme notwendig, denn das Geld für laufend neue Investitionen im Glauben, dadurch die Produktivität stetig zu steigern, wird knapp und die materiellen Investitionen sind durch geistige zu ersetzen. Und genau dazu gehört die Anwendung der Mathematik.

Der Bogen zu dieser Thematik wurde von Dr. Pofahl weit gespannt. Einige Ausführungen betreffen stärker die theoretische Mathematik, wie z.B. die »Quadratur des Kreises«, »Mittelungswerte über Zahlen«, andere sind auf dem breiten Feld der Anwendungen angesiedelt, wie z.B. »Das Braess Paradox«, »Kreditrating ...« usw. Ich fände es wünschenswert, wenn der Bogen durch einen Beitrag mit einer konkreten Anwendung geschlossen würde, der auch zeigt, daß die Anwendung der Mathematik z.B. für die Lösung betrieblicher Probleme nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig ist, um Verluste zu vermeiden oder zu reduzieren.

Dr. WALTER JAHN, Leipzig

Anmerkung der Redaktion:

Dr. Walter Jahn arbeitete mehrere Jahre im Eberswalder Forstinstitut, ging dann nach Leipzig, und arbeitete dort als Mathematiker im Fachbereich Mathematik der Universität bis zum Erreichen des Rentenalters. Er ist Autor mehrerer mathematischer Lehrbücher und Sachbücher, die sowohl in der DDR als auch in der BRD erschienen sind, und er ist der letzte Vorsitzende der IG Mathematische Statistik in der Mathematischen Gesellschaft der DDR gewesen. Dr. Walter Jahn wird unsere Beitragsserie zum Jahr der Mathematik in der

Anzeige

Wir danken allen, die uns LINKEN ihr Vertrauen für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und den Kreistag Barnim mit ihrer Stimmabgabe entgegen gebracht haben.

Wir stehen im Wort, messen Sie uns an unseren Wahlaussagen.

DIE LINKE.

Ausstellung im Wasserturm

80 Jahre Finow und 90 Jahre Wasserturm

Finow (ak/bbp). Seit dem 8. Oktober ist im 1. Obergeschoß des Finower Wasserturms eine Ausstellung zu den Themen »80 Jahre Finow« und »90 Jahre Finower Wasserturm« zu sehen. Gezeigt werden Sitzungsprotokolle von 1928 sowie die Erhebung zur Stadt von 1935. Das Finower Wappen, Themen aus Sport und Kultur, sowie 80 Ansichten von Heegermühle, Messingwerk und Eisenspaltrei.

KJP hat neue Stellvertreterin

Auf der letzten Sitzung des Kinder- und Jugendparlamentes (KJP) Eberswalde am 10. September wurde Aileen Schlemmon einstimmig zur neuen 1. Stellvertreterin gewählt. Sie übernimmt damit auch gleichzeitig das Amt der Schatzmeisterin des KJP. Aileen wird außerdem das Jugendparlament im Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel vertreten. Sie absolviert seit Anfang September eine Ausbildung beim Landkreis zur Verwaltungsfachangestellten. *MARTIN HOECK*

Anzeige

Danksagung für meinen Wahlerfolg

Auf diesem Wege möchte ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich bedanken, die mir bei den Brandenburger Kommunalwahlen ihre Stimmen gegeben und damit ihr Vertrauen entgegen gebracht haben.



Durch das gute Wahlergebnis von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Eberswalde I (Finow, Brandenburgisches Viertel, Clara-Zetkin-Siedlung, Spechthausen) wird mir die Ehre zuteil, demnächst in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen.

Ein Mandat mehr für Bündnis 90/Die Grünen bedeutet auch, daß wir nun zu dritt eine eigene Fraktion bilden und unser soziales und ökologisches Profil schärfen können. Das wird die politische Landschaft in Eberswalde sicherlich beleben. Ich freue mich schon auf die partei- und organisationsübergreifende Sacharbeit mit Gleichgesinnten im Stadtparlament und in den zugehörigen Gremien.

*Dr. ANDREAS STEINER,
parteilos für Bündnis 90/Die Grünen*

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 - Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 - ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 - Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 - Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)
- Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gemski, Markmann (4), Richter, Steiner

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 4. Oktober 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE